

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 17 Amt Dönhoff 292 bis 297  
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts..... 15 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
liegen am Schluß des nächsten Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Hitlerkandidaten unter Mordverdacht

### Haftbefehl und Steckbrief gegen SA.-Führer von Obernitz und Graf Sprei

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 18. Oktober.

Wegen Mordverdachts in drei Fällen in Tateinheit mit Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz ist im Zusammenhang mit den zahlreichen Bombenattentaten in Schlesien, an deren Aufklärung Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden gegenwärtig eifrig arbeiten, gegen den Oberführer der SA. der Untergruppe Schlesien-Süd von Obernitz-Reichenbach und seinen Adjutanten Graf Sprei Haftbefehl ergangen.

Da beide SA.-Führer, die in der schlesischen SA. eine tonangebende Rolle spielten, schon lange Zeit flüchtig sind, sind außerdem Steckbriefe gegen sie erlassen worden. Vermutlich hatten sich von Obernitz und Graf Sprei bei Gefinnungsgenossen im Reich auf. Bemerkenswert ist, daß die Namen der beiden geflohenen SA.-Führer auf der Reichsliste der NSDAP zur Reichstagswahl zu finden sind. Man glaubt also in der Nazipartei, die Flüchtlinge bis nach Beend-

igung des Reichstagswahlkampfes verborgen halten zu können. Bei den Ermittlungsbehörden herrscht jedoch die Auffassung vor, daß die Ergreifung der beiden Führer noch vor dem 6. November gelingt.

Ein SA.-Mann aus Reichenbach, der gleichfalls der Teilnahme an den Gewalttaten im Kreis Nimpfisch-Reichenbach verdächtig ist, konnte am Dienstag festgenommen werden. Damit hat sich die Zahl der im Kreise Nimpfisch-Reichenbach verhafteten Hakenkreuzler auf vier erhöht.

Die überraschenden Verhaftungen zahlreicher SA.- und SS.-Leute im Zusammenhang mit den polizeilichen Ermittlungen über die bisher ungeklärt gebliebenen Gewalttate schlesischer Nationalsozialisten im August d. J. bilden in Schlesien gegenwärtig die Sensation des Tages.

Weitere nähere Einzelheiten stehen allerdings noch nicht fest, da die Behörden mit Rücksicht auf

den Gang der Untersuchungen jede Auskunft ablehnen. Wie nach und nach bekannt wird, sind die Festnahmen von dringender Teilnahme an den Sprengstoffattentaten verdächtigen SA.-Leuten in der Hauptsache in und um Breslau und Böhlich sowie in der Gegend von Reichenbach und Kahlfurt erfolgt. Mehrere Nationalsozialisten sollen sich der drohenden Verhaftung durch die Flucht entzogen haben. Restlos aufgeklärt ist bisher nur der Überfall auf den sozialdemokratischen Schriftleiter Poeschte in Langenbielau. Es besteht jedoch die Aussicht, daß die übrigen hakenkreuzerischen Gewalttate bereits in den aller nächsten Tagen restlos aufgeklärt sein werden. Von verschiedenen Seiten hört man, daß die in Sachen dieser Überfälle bevorstehenden Sondergerichtsverhandlungen höchstwahrscheinlich noch vor den Wahlen zu erwarten sein und allgerühmtes Aufsehen erregen werden.

Das Verdachtmaterial gegen Heines soll außerordentlich groß sein. Immer lauter wird das Gerücht, daß die Naziüberfälle ausnahmslos von dem wegen seiner hemmungslosen Gewalttätigkeiten fälschlich bekannten Gauführer der schlesischen SA. organisiert worden sind.

# Leicester

### Labour-Parteitag in der Opposition

Von unserem Korrespondenten

Tagesordnung, Berichte und Debatten der britischen Arbeiterpartei in Leicester in der vorigen Woche standen unzweifelhaft unter dem Einfluß der augenblicklichen politischen Machtlosigkeit der Bewegung; 46 Arbeiterpartei im Unterhaus gegenüber der überwältigenden bürgerlichen Mehrheit von 471 Konserwativen, 35 Nationalliberalen und 33 Liberalen. Die Partei ist entschieden in die für die Arbeiterbewegung überhaupt unbekannteste Lage der Opposition zurückgedrängt worden.

Darauf hat sie mit einer stärkeren Betonung der Zukunftspläne der sozialistischen Arbeiterbewegung geantwortet. Dem Parteitag wurden ins einzelne gehende Pläne für die Wirtschaft im sozialistischen Großbritannien vorgelegt. Den Ausgangspunkt bildete ein Bericht über Geld, Finanzen und Bankwesen. Die Geldpolitik soll vor allem den Lebensstandard der Arbeiterklasse sichern. Deshalb habe die Preisstabilisierung den Vorrang vor stabilen Valutaverhältnissen. Aber die Grundlage einer sozialistischen Planwirtschaft soll durch die Sozialisierung der Bank von England geschaffen werden. Dagegen war der Parteivorstand sich noch nicht darüber klar geworden, ob und in welcher Form eine Sozialisierung der großen Privatbanken in diesem Zusammenhang von Interesse sein würde. Er holte sich darin eine Niederlage. Mit 1141 000 Stimmen gegen 984 000 verlangte der Parteitag, daß die Sozialisierung auch der Privatbanken in das Programm der Partei schon jetzt aufgenommen werde.

Die zentrale Bedeutung des Verkehrs wesens in der heutigen Produktion klar erkennend, hatte der Parteivorstand die Sozialisierung und planwirtschaftliche Gestaltung der Transportmittel zum Angelpunkt seiner eigentlichen planwirtschaftlichen Vorschläge gemacht.

Der Vorschlag zur Sozialisierung und zum planwirtschaftlichen Ausbau der Landwirtschaft gab keinen Anlaß zu Gegenfragen. Der Arbeiterschaft sollte in allen Organen der sozialisierten Wirtschaft eine besondere Vertretung gewährt werden. Aber die für den Vertrieb der landwirtschaftlichen Produkte zu schaffenden Körperschaften sollten Befugnisse erhalten, nicht nur in bezug auf Preisregulierung, sondern auch auf Importbegrenzung. Hier kam die Partei in einen noch nicht gelösten Gegensatz zu den Konsumgenossenschaften. Bei der engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen wird dieser Gegensatz noch bereinigt werden müssen.

Die Partei kann es sich leisten, in dieser Weise das Hauptgewicht auf theoretische Vorarbeiten zu verlegen, weil sie auch in der Opposition die einfachsten politischen Rechte der Arbeiterschaft nicht zu verteidigen gezwungen ist. Aber das Vordringen der Re-

# England profitiert von Bapen-Politik

### Vor dem Abschluß neuer Handelsverträge

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 18. Oktober.

Die deutsche Kontingentierungs-Kommission ist von Rom kommend am Dienstagvormittag in Paris eingetroffen. Die Verhandlungen mit Vertretern der französischen Regierung beginnen am Mittwoch. Die Verhandlungen über die Revision des deutsch-französischen Handelsvertrages gehen in Genf zwischen Ministerialdirektor Bosse-Deutschland und Ministerialdirektor Fabel-Frankreich weiter.

## Der Prinz von Wales erzielt Ergebnisse

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Stockholm, 18. Oktober.

Die Skandinavienreise des Prinzen von Wales, deren offiziell eingetragener merkantiler Zweck den Empfangsfeierlichkeiten eine gewisse geschäftliche Note ausdrückt, hat nun die erwarteten Ergebnisse gezeitigt. Wie ein Stockholmer Abendblatt am Dienstag berichtet, sind in London bereits Verhandlungen über einen schwedisch-englischen Handelsvertrag eingeleitet worden. Wie weiter verlautet, soll auch die dänische Regierung beabsichtigen, eine Kommission nach London zu entsenden, um den dänischen Fleisch- und Butterexport nach England vertraglich sicherzustellen. In Dänemark, wo man der Ottawa-Konferenz mit Beforgnis entgegenzusehen hatte, herrscht nun auf Grund einer in der „Times“ veröffentlichten Auslegung der Ottawa-Verträge die Auffassung, daß die neuen handelspolitischen Verpflichtungen Englands den Dominionen gegenüber den Import der dänischen Landwirtschaftsprodukte nach England keinen Abbruch tun würden. Auch aus Oslo wird gemeldet, daß von englischer Seite Bemühungen im Gange sind, um Norwegen zu einem Handelsvertrag zu bewegen.

## Englands Handelsvertragsverhandlungen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

London, 18. Oktober

Das Parlament trat am Dienstagmorgen zusammen. Die nächsten Tage werden der Behandlung der Abmachungen von Ottawa gewidmet sein, die vor Beginn der neuen Parlamentsession verabschiedet werden sollen. Bevor die Regierung mit ihrer Verteidigung der Ab-

kommen von Ottawa begann, wurden einige Anfragen beantwortet.

Schon vor Beginn der Sitzung wurde bekanntgegeben, daß England in einigen Tagen Handelsvertragsverhandlungen mit Dänemark, Schweden und Norwegen aufnehmen wird, um die Handelsverträge mit diesen Ländern den neuen Verhältnissen anzupassen. Mit Argentinien sind solche Verhandlungen schon im Gange. Der englische Handelsvertrag mit Rußland ist, wie Thomas erklärte, gekündigt worden und tritt nach sechs Monaten außer Kraft. Es liege England jedoch daran, seine Handelsbeziehungen mit Rußland aufrechtzuerhalten. Auf eine Anfrage erwiderte Thomas, die englische Regierung erkenne an, daß die den Dominionen gewährten Präferenzen gegen staatliches Dumping geschützt werden müßten, das sie entwerfen könnte. Simon gab eine außenpolitische Erklärung über die geplante Viermächtekonferenz ab. Eine Einigung sei noch nicht erzielt worden über den Tagungsort, aber seine Regierung überlege die nächsten Schritte zur Herbeiführung einer Einigung über diese Frage.

## Moskauer Reinigung

### Straipredigten gegen Bauernopposition

Nach der großen Moskauer Parteireinigung, die zu dem Ausschluß der zwanzig Links- und Rechtsoppositionellen geführt hat, hält jetzt der Sowjetbund beinahe täglich Ansprachen an die Partei und an die Parteiorganisationen, besonders in der Provinz, in welchen aufgefordert wird, die „Reinigung“ fortzusetzen und alle nicht loyalen Kommunisten unerbittlich aus der Partei herauszuwerfen. Täglich werden auch Namen vorgelesen von Vorsitzenden einzelner Ortsgruppen, die nicht energisch genug gegen die Parteioptionen aufgetreten sind und deshalb über sich selbst das Strafgericht heraufbeschworen haben. Eine sehr scharfe Rede hielt ein Redner der Moskauer Parteileitung gegen verschiedene Bauernorganisationen. Er sagte, daß selbst schon proletarisierte Bauern sich von dem Einfluß der Kulaken nicht freigemacht haben, und daß der Einfluß der Kulaken in verschiedenen Gebieten des Landes gestiegen ist. Man werde unbarmerzig gegen alle diese

Bezirke, die den „faulen liberalen Geist“ nicht unterdrücken, vorgehen. Leider hätte es sich gezeigt, daß

auch Bauern in den Staatskollektiven geneigt sind, jeden notwendigen Beschluß der Moskauer Zentralregierung als bauernfeindlich hinzustellen.

Die Kulaken versuchten nun, so sagte der Moskauer Sprecher, diese Stimmung für sich auszunutzen. Bemerkenswert war es aber, daß Moskau auch gegen die Kleinbauern, die wahrhaftig mit dem Kulakentum nichts zu tun haben, vorging.

## Krise in Belgien

### Regierungswechsel und Neuwahlen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Brüssel, 18. Oktober.

Nach heftigen Verhandlungen zwischen Ministern und politischen Führern, die den ganzen Dienstag über geführt wurden, und nachdem Ministerpräsident Renkin zweimal mit dem König verhandelt hatte, beschloß der Ministerrat am Dienstagabend den Rücktritt der Regierung. Die Regierung konnte sich über die Frage der sofortigen Auflösung des Parlaments, die von den liberalen Ministern gefordert wurde, nicht einig werden. Insbesondere der Ministerpräsident lehnte es ab, Chef einer Regierung zu bleiben, die im jetzigen Augenblick die Neuwahlen ausschreiben sollte. Es wird als sicher angenommen, daß die wesentliche wenn nicht einzige Aufgabe der neuen Regierung, wie auch ihre Zusammensetzung sein möge, die Auflösung des Parlaments und Durchführung von Neuwahlen sein wird.

Sonnabend, den 22. Oktober, abends 6 Uhr

von den bekannten Stellen aus

# wichtige Flugblattverbreitung

Alle Genossinnen und Genossen, Reichsbannerkameraden, alle Jugend- und Sportgenossen beteiligen sich daran

DER BEZIRKSVORSTAND

# Otto Braun gegen Stinkbombenfabrikanten

Die Skandalmacher werden schwer enttäuscht

aktion zwang den Parteitag, auf das schärfste gegen die Behandlung von Arbeitslosendemonstrationen durch die Polizei zu protestieren. Auch in Großbritannien geht es um das Recht auf die Strafe. Die unmittelbaren Auswirkungen der Arbeitslosigkeit beschäftigten auch sonst den Parteitag, der in einer Reihe von Entschlüssen gegen die reaktionäre Politik der jetzigen Regierung protestierte.

In den internationalen Fragen sprach der Parteitag im Bewußtsein seiner internationalen Bedeutung mit Kraft und Entschiedenheit. Er verlangte sofortige Verhandlungen zum Zwecke der Streichung der Kriegsschulden. Er erklärte sich wiederum für unmittelbare, weltumfassende, einschneidende und kontrollierte Abrüstung mit gleichen Rechten und Pflichten für alle Staaten. Aber eine solche Gleichheit könne nur eine dauernde Sicherung des Friedens gewährleisten, wenn sie durch Abrüstung, nicht durch Aufrüstung irgendwelcher Nation, erreicht werde.

„Dieser Parteitag verurteilt aufs Neue die Lehre, daß Rüstungen Sicherheit verbürgen und erklärt seine unbedingte Gegnerchaft gegen die Aufrüstung irgendwelcher Landes unter irgendwelchen Umständen.“

Am entscheidendsten hat aber der Parteitag auf die organisatorische Ent-

In der Sitzung des Untersuchungsausschusses über die Harzburger Stinkbomben wurde Minister Dr. Klepper vernommen. Der Zeuge sagt ausführlich aus, über das Geschäft der Preußenkasse mit der „Kölnischen Volkszeitung“ habe zunächst eine Besprechung zwischen ihm und Minister Hirtfelder stattgefunden. Es sei davon gesprochen worden, daß der Görres-Verlag in Köln eine Kapitalerweiterung notwendig habe, daß es aber schwierig sei, die Mittel zu beschaffen, und daß insbesondere die Gefahr einer Beteiligung ausländischer Kapitals bestehe. Dann habe eine Besprechung mit Braun und Höpfer-Wschhoff stattgefunden. Die Absicht war von vornherein, staatliche Mittel dafür in Anspruch zu nehmen, die Mittel der Preußenkasse aber nur vorübergehend.

Solche Geschäfte sind sowohl in der Vorkriegszeit wie auch nach dem Kriege durchgeführt worden. Ich erinnere nur an den Bereitschaftskredit, den die Preußenkasse 1914 im Einvernehmen mit der Staatsregierung für die Übernahme des Scherl-Verlages zur Verfügung gestellt hat. (Große Heiterkeit und Hört! Hört!). Der Kredit sei ordnungsgemäß von zwei Direktoriums-Mitgliedern unterzeichnet worden, nämlich von Direktor Albersmann und Dr. Klepper selbst. Im übrigen habe er sich auch nicht auf die Unterlagen verlassen, die ihm Minister Hirtfelder gegeben habe, sondern er habe einen Status des Görres-Verlages aufstellen lassen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden bekennt Dr. Klepper, der Einkauf von „Germania“-Aktien im Werte von etwa 100 000 Mark durch die Preußenkasse aus dem Besitz der „Kölnischen Volkszeitung“ sei nicht etwa erfolgt, um den Görreshaus-Verlag flüssige Mittel zu verschaffen, sondern aus denselben Gründen, die zur Beteiligung an der „Kölnischen Volkszeitung“ geführt hätten.

In einer längeren Auseinandersetzung über die Frage des Risikotragers erklärt der Zeuge, daß hinsichtlich des kapitalmäßigen Risikos eine endgültige Regelung nicht erfolgt ist, solange Höpfer-Wschhoff Minister war. Er selbst habe sich bemüht, das Risiko im Interesse der Preußenkasse auf den Staat zu legen, doch sei ein Definitivum wegen der großen Zurückhaltung des Ministers Höpfer-Wschhoff nicht zustande gekommen.

Der Vorsitzende bringt dann die Sprache darauf, daß der Kredit, den die Preußenkasse der Heim-Bank gewährt habe, um damit Aktien der Görreshaus-WG. zu kaufen, von der Arbeiterbank übernommen worden ist, so daß auf eine deutsch-nationale Anfrage im Landtag die Regierung erklären konnte, die Preußenkasse sei nicht an der „Kölnischen Volkszeitung“ beteiligt.

Klepper betont, daß er persönlich die Anfrage nicht beantwortet habe, sondern daß die Verantwortung für diese Antwort der damalige Finanzminister getragen habe. Materiell rüde er selbst jedoch von dieser Antwort auch in keiner Weise ab.

Vors. Juble: Die Preußenkasse hat diesen Kredit der Arbeiterbank abgelöst durch Vermittlung der Treuhand-Gesellschaft, wobei sie nicht nur das alte Engagement übernahm, sondern auch noch erhebliche Zinsen konnten Sie das beantworten?

Zeuge Klepper: Das konnte ich sehr wohl beantworten, weil der Sinn des Geschäftes der war, daß der Staat durch ein ihm nahe liegendes Institut die Finanzierung der „Kölnischen Volkszeitung“ durchführen sollte.

Vors. Juble: Welche Zinsen haben Sie damals von den Genossenschaften verlangt? Und bestand bei den Genossenschaften damals nicht eine große Notlage?

Zeuge Klepper: Die Preußenkasse hat während meiner ganzen Amtszeit in keinem Stadium erklärt, sie sei nicht in der Lage, den Genossenschaften Kredite zu geben. Sie ist vielmehr in der Lage gewesen, die Kredite zur Verfügung zu stellen, die nötig waren. Wenn im allgemeinen eine restriktive Kreditpolitik getrieben wurde, so daß z. B. während meiner Amtszeit das Kreditvolumen von einer Milliarde auf ungefähr 600 bis 700 Millionen zurückgegangen ist, dies aber nur in der aller schlimmsten Zeit, so war das ein Ausfluß der allgemeinen Kreditpolitik, die nur zur Folge gehabt hat, daß das Genossenschaftswesen während der ganzen Zeit der Bankenkrise ohne fremde Hilfe von der Preußenkasse durchgehalten werden konnte. Das Geldmangel haben wir niemals Zurückhaltung gegenüber den Genossenschaften geübt, sondern immer nur aus allgemein kreditpolitischen Gründen. Diese Politik hat sich gerechtfertigt.

## Die „Germania“-Aktien

Die weitere Vernehmung des Finanzministers Dr. Klepper nach der Mittagspause artete in eine endlose Debatte über das Risiko der Preu-

henkasse bei dem Finanzgeschäft mit der „Kölnischen Volkszeitung“ und die Frage der Verantwortung der beteiligten Verantwortlichen aus. Auf gebällige persönliche Unterstellungen des Abg. Dr. Ruhs (Woz.) erklärte Dr. Klepper scharf, daß aus dem bisherigen Verlauf der Verhandlung für jeden objektiven Zuhörer hätte ersichtlich werden müssen, daß er gar nicht daran denke, sich von der Verantwortung zu drücken, sondern im Gegenteil voll und ganz die Verantwortung für die getroffenen Maßnahmen auf sich nehme.

Abg. Dr. Ruhs (Woz.) bringt darauf die Sprache nochmals auf das Aktienpaket der „Germania“. Der Zeuge erklärt hierauf, es habe sich bei der Übernahme dieser 120 000 Mark Germania-Aktien nicht etwa um eine Finanzierung der „Germania“ gehandelt,

sondern alle Aktien der „Germania“, deren man damals habhaft werden konnte, wurden aufgekauft, um zu verhindern, daß ein bestimmter Großaktionär die absolute Mehrheit in seinen Besitz bringen konnte. (Zuruf: Wer war denn dieser Großaktionär?)

Zeuge Klepper: Der Reichskanzler von Papen. (Große Bewegung.)

Abg. Tschner (S.): Ist dem Zeugen bekannt, daß auch anderweitig Gelder des Staates oder des Reiches für ähnliche Zwecke verwendet wurden, etwa Gelder der Bank für Industrieobligationen (Dahlembank) zugunsten der „Deutsche Tageszeitung“? Oder ist nicht auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unterstützt worden? Zeuge Klepper: Derartige Gerüchte sind mir bekannt.

Abg. Szilvat (Soz.) hält den Angriffen der Rechten wegen der Beteiligung der Preußenkasse an der „Kölnischen Volkszeitung“ den § 2 des Statuts der Preußenkasse entgegen, wonach das Institut befugt ist, sich an anderen Unternehmungen zu beteiligen.

Zeuge Klepper: Dies trifft auch heute noch zu. Die Frage, ob die Preußenkasse ein derartiges Geschäft durchführen darf, ist eine reine Ermessensfrage. Die Praxis ist so, daß, wenn der

Finanzminister das Direktorium der Preußenkasse von einer Verantwortung entlasten wollte, er eine entsprechende Anweisung gab. Ein derartiger Fall ist einmal eingetreten. Es handelte sich dabei um eine nationalpolitische Angelegenheit, die etwa den gleichen finanziellen Umfang hatte wie das zur Debatte stehende Objekt. Abg. Rau (SPD): Hängt das mit der Reichspräsidentenwahl zusammen?

Zeuge Klepper: Nein, es handelte sich um eine nationalpolitische Angelegenheit, über die ich keine Auskunft geben kann.

Auf den Protest kommunistischer Ausschußmitglieder erklärt der Zeuge nochmals in vollem Bewußtsein seiner Auslagepflicht, eine Aussage über diese Fragen ablehnen zu müssen. Er stelle dem Ausschuß anheim, die Maßnahmen zu ergreifen, die er für nötig halte. Im übrigen brauche er die Erlaubnis des alten preußischen Staatsministeriums.

Es entsteht daraufhin eine heftige Debatte, ob das rechtmäßige preußische Staatsministerium oder der Reichskommisсар die Auslagegenehmigung zu erteilen habe. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums beschließt dann die Ausschußmehrheit, die kommunistische Frage für zulässig zu erklären.

## Otto Braun als Zeuge

Bei dem Ministerpräsidenten Braun, der nunmehr als Zeuge erscheint, entschuldigt sich der Vorsitzende Juble zunächst, weil sich der Beginn seiner Vernehmung solange hinausgezögert habe (es ist inzwischen nach 6 Uhr abends geworden).

Ministerpräsident Braun sagt aus, er wisse nicht mehr, ob zuerst Minister Hirtfelder mit ihm verhandelt habe, er erinnere sich nur, daß vielleicht in Gegenwart Hirtfelders der Finanzminister Höpfer-Wschhoff ihn gefragt habe, ob er Bedenken gegen die Hergabe des Geldes an die „Kölnische Volkszeitung“ habe. Er habe darauf erwidert, er habe keine Bedenken, im Gegenteil wäre es aus staats- und grenzpolitischen Gründen sehr erwünscht, diese Zeitung zu

## Lothar Steuer

Der Enthüller im Harzburger Licht

Zum Rundstück ihrer Dredspitze gegen links haben die Deutschnationalen den Abgeordneten Lothar Steuer ausersehen, den Berichterstatter des sogenannten Klepper-Ausschusses. Die Glaubwürdigkeit des Herrn Steuer ist von den Nazis, die jetzt natürlich den Stinfangriff gegen links unterstützen, noch vor kurzem sehr viel anders beurteilt worden. Als nämlich am 22. September Steuer im Landtag behauptete, der preußische Naziführer Rube habe in privaten Gesprächen ihm selber einmal vor längerer Zeit Herrn Bracht als den Kandidaten der Nazis für die Leitung Preußens bezeichnet, da entgegnete Rube nach dem amilischen Stenogramm (20. Sitzung vom 23. September 1932, Spalte 1653) folgendes:

„Herr Steuer hat bei seiner lügnischen Behauptung... (Ordnungsruf des Präsidenten)... Ich denke gar nicht daran, zu irgendeiner Zeit ausgerechnet mit Herrn Abgeordneten Steuer über Koalitionsfragen zu verhandeln. Und ich sage Ihnen das eine, daß wir auch nie darüber verhandeln werden. Herr Abgeordneter Steuer, mit wem Sie verhandelt haben, weiß ich nicht. Aber daß Sie zu denjenigen gehören, die stets Privatgespräche — und in diesem Falle hat ein solches Gespräch überhaupt nicht stattgefunden; das stelle ich ausdrücklich fest —, die am Bierlich geführt werden, nachher politisch ausnützen, das kennzeichnet Sie und Ihre Methode. (Sehnsucht Rufe: hört, hört!) Ich wiederhole das, was ich in meiner Erklärung gesagt habe. Herr Abgeordneter Steuer, wir haben uns nie an Ihren Tisch gesetzt. Sie sind unaufgefordert immer an unseren Tisch gekommen (Sehnsucht Rufe: hört, hört!) und haben an unserem Tisch manche Bemerkungen auch über Herrn Ihrer Partei gemacht, die wiederzugeben mir meine Auffassung von politischer Ritterlichkeit verbietet.“

Mit dieser Charakteristik aus dem Munde seines weiland Harzburger Bundesgenossen

Rube ist Herr Lothar Steuer unbedingt als der Mann gekennzeichnet, der moralisch wie charakterlich zum Führer eines Stinkbombenfeldzuges gegen links wie geschaffen erscheint! Es ist deshalb durchaus sachentsprechend, wenn Finanzminister Klepper auf Fragen des Lothar Steuer nicht antwortet.

## Goebbels Sommerwohnung

„Feine Leute!“

Vor dem Berliner Arbeitsgericht fand dieser Tage ein Prozeß zwischen einer Willensbesitzerin aus Caputh und ihrem Portier wegen Lohnforderungen statt, aus dem eine Episode Erwähnung verdient. Zum Beweis der Tatsache, daß die Villa im Sommer gut vermietet gewesen sei, wurde folgende Quittung vorgelegt:

„1100 Mark Riese für den Sommer 1932 von Frau Dr. Goebbels erhalten zu haben, bescheinigt Frau E. Hartert, Caputh, den 21. Mai 1932.“

In seinem „Angriff“ beschimpft Goebbels jeden politischen Gegner als „verfetteten Bonzen“, während die Lebensweise der Naziführer als ein wahres Spartanertum hingestellt wird. Dazu paßt die Rechnung der Frau Goebbels ausgezeichnet. Sie entlarvt ein verlogenes Demagogentum.

Nazis gegen schwarzweißrot. In der deutschen nationalen Geschäftsstelle in Eisenach kam es zu einer Prügelei zwischen Deutschnationalen und Berliner SA-Leuten. Die Nazis brachen den Fahnenmast vor der Geschäftsstelle ab, hielten die schwarzweißrote Fahne herunter und zerrissen sie.

Naziminister a. D. Franzen aus Kiel ist von der kommissarischen preußischen Verwaltung wieder als preußischer Amtsgerichtsrat angestellt worden. Franzen gehört jetzt zur nationalsozialistischen Opposition.

## Fey provoziert schon!

Nur seine Heimwehr darf demonstrieren

Wien, 18. Oktober.

Der gestern neuernannte Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Jachissenmajor Fey, hat die Wiener Volkspolizei angewiesen, in Wien alle Kundgebungen, Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel, die von der sozialdemokratischen, der kommunistischen oder der nationalsozialistischen Partei veranstaltet werden, mit Rücksicht auf die gestrigen Ausschreitungen zu untersagen.

Die Heimwehr darf also allein unter freiem Himmel demonstrieren. Deutscher kann man seine Parteilichkeit gleich am ersten Tage gar nicht dokumentieren.

Das Verbot bezweckt offensichtlich, den alljährlichen Massenaufruf der österreichischen Republikaner am Revolutionstag zu unterbinden.

Entwicklung der Partei eingewirkt. Er fand statt, nachdem eine Werbekampagne die individuelle Mitgliedschaft der Partei, die sonst weitgehend auf Kollektivmitgliedschaft aufgebaut ist, zum ersten Male ernstlich vorwärtsgebracht hatte. (Von 297 003 auf 428 339. Gesamte Mitgliederzahl mit Kollektivanschlüssen: 2 060 043.)

Der Parteitag hat den inneren Zusammenhang der Bewegung festgestellt. Mit den Abtrünnigen Macdonald, Snowden und Thomas wurde endgültig Schluss gemacht. Dem Parteivorstand wurde auferlegt, ihnen, sowie allen denjenigen, die in öffentlicher Stellung waren und deren Verrat unterstützten, es unmöglich zu machen, in die Partei zurückzukehren.

Der Parteitag hat klarer als jemals die Notwendigkeit erkannt, die Klassenfront organisatorisch auf breiter Basis auszubauen und die Zusammenarbeit mit allen Zweigen der Bewegung noch enger zu gestalten. Jugendbewegung und Arbeitersport wurde mehr Aufmerksamkeit zuteil als je zuvor. Die internationalen Zusammenhänge wurden dadurch besonders unterstrichen, daß der Sekretär der SWJ, Friedrich Adler, am Parteitag erschienen war und dort bei seiner Ansprache vom Parteitag besonders herzlich begrüßt wurde.

In einer besonderen Entschliebung zur allgemeinen Wirtschaftslage wies der Parteitag auf Zusammenhänge hin, die für die organisatorische Entwicklung der Parteiarbeit von besonderem Interesse sind. Sie haben auch Bedeutung weit über den Rahmen der britischen Arbeiterbewegung hinaus:

Der Parteitag erkennt die Notwendigkeit bewusster, konstruktiver Planarbeit im internationalen Rahmen an, damit die Völker die Vorräte der Welt wirklich ausnützen können. Nur auf diese Weise ist die Wiederholung der Krisen zu vermeiden und ein steigender Lebensstandard für alle zu sichern.

Er erachtet daher dringend den Parteivorstand, in Zusammenarbeit mit den Arbeiterbewegungen anderer Länder einen Plan auf nationaler und internationaler Grundlage zu entwerfen.

In dieser Entschliebung ist die Erkenntnis eingeschlossen, die auch sonst dem Parteitag weitgehend das Gepräge gab, daß die Mittel der Bewegung nicht ausschließlich auf Ver-

waltung und Agitation, sondern auch auf Erforschung sachlicher Zusammenhänge zu verwenden sind. Gegensätze sind nicht in dem Sinne auszutragen, daß es um Abstimmungs-„Siege“ nach links oder rechts geht, sondern um Anhaltspunkte für die sachliche Untersuchung des Streitgegenstandes im Interesse der Gesamtbewegung. Der Parteitag stand jedem Richtungsstreit völlig fern.

Zu dieser wertvollen Entwicklung trug auch das Fernbleiben der Unabhängigen Arbeiterpartei bei, die jetzt endgültig und zum eigenen Verderb aus der Bewegung ausgestreut ist. An ihre Stelle tritt die „Sozialistische Liga“, die am Vorabend des Parteitags ihre konstituierende Sitzung in Leicester abhielt. Sie

soß aber nicht eine Partei in der Partei darstellen, sondern eine Zusammenfassung eben derjenigen Kräfte aus der Unabhängigen Partei und der Bewegung sonst, die die Forschungsarbeit besonders fördern möchten. Die energischsten und arbeitssamsten jüngeren Kräfte aus Partei und Gewerkschaft würden in dieser Weise in einer Organisation zusammengeschlossen sein. Ihrer Leitung gehören an: Wise, Cole, Brailsford, Horrabin, Trevelyan, Cripps, Mellor, Bethick Lawrence, Kirkwood, Salter, Pugh, Dolan.

Trotz Depression und augenblicklicher politischer Machtlosigkeit hat somit die Woche in Leicester sachliche und gründliche Arbeit für die britische Arbeiterkraft und damit auch für die Arbeiterkraft der ganzen

Welt geleistet. Es geht vorwärts! Trotz alledem!

## Henderson tritt zurück

Henderson hat seinen Vorstoß in der Labour Party niedergelegt. Er hält es für wünschenswert, daß der Vorsitzende der Partei zugleich der Führer der parlamentarischen Fraktion ist, wie das bisher immer der Fall war bis zu den letzten Generalwahlen. Nach diesen wurden die beiden Ämter geteilt, weil Henderson seinen Parlamentssitz erhielt. Henderson konnte sich wegen seiner Gesundheit und wegen seiner Arbeit auf der Abrüstungskonferenz in den folgenden Monaten nicht bei einer Nachwahl in das Parlament wählen lassen.

Er wird jedoch noch wie vor den wichtigen Posten des Generalsekretärs der Arbeiterpartei behalten.

unterstützen. In welcher Weise das Geschäft durchgeführt worden sei, darum habe er sich weiter nicht gekümmert.

**Vorf. Jubke:** Haben Sie sich mit der Frage beschäftigt, ob die Preußentasse befragt war, ein solches Geschäft zu machen?

**Ministerpräsident Braun:** Das war Sache des Reichsministers. Im übrigen hatte die Preußentasse ja so viel Millionen an Uralzeß und andere Schieber gegeben, daß mir gar nicht der Gedanke gekommen ist, sie könnte nicht befragt sein, ein so einwandfreies Geschäft zu machen.

**Vorf. Jubke:** Sie kennen vielleicht noch nicht die Einzelheiten dieses Geschäfts, die mir hier festgestellt haben.

**Ministerpräsident Braun:** Ich hatte es für viel schlimmer, wenn große Millionenverluste entstanden sind, weil man ohne weiteres so viel Geld einem hergelaufenen russischen Schieber, einem Subjekt wie Uralzeß anvertraut hat. Hier aber handelte es sich darum, aus staatspolitischen Gründen für eine gefährdete Grenzprovinz einzutreten und eine Zeitung zu unterstützen, die im schwersten Kampf für das Deutschtum stand. Ich habe die Uralzeß-Affäre nur angeführt, um zu begründen, daß mir gar nicht der Gedanke kommen konnte, die Grenzen für die Tätigkeit der Preußentasse seien sehr eng. Ich habe daraus jedenfalls geschlossen: der Aufgabenskreis der Preußentasse muß doch sehr weit sein, wenn sie solchen Schiebern Geld gibt.

**Abg. Dr. Wuchs (Mos.):** Wer trägt nach Ihrer damaligen Ansicht die Verantwortung für das Geschäft?

**Ministerpräsident Braun:** Derjenige, der das Geschäft macht! Ich leitete die Politik des Staates. Wenn von einem unter Leitung des Staates stehenden Institut eine Handlung vorgenommen wurde, die auch politisch zu beurteilen ist, dann bin auch ich befragt worden. Die Frage, wer im einzelnen die Verantwortung privatrechtlicher oder vermögensrechtlicher Natur übernimmt, ist Sache des Sachministers, der das Institut betreut. Ich habe die politische Verantwortung dafür übernommen und die Frage ich!

**Abg. Dr. Wuchs:** Wer trägt denn die rechtliche Verantwortung?

**Ministerpräsident Braun:** Das zu entscheiden überlasse ich den Rechtsgelehrten! (Heiterkeit.)

**Abg. Dr. Wuchs:** Es ist doch ein unmöglicher Zustand, daß ein Ministerpräsident in einem derartigen Falle seine Bedenken so einfach zurückstellen kann!

**Ministerpräsident Braun:** Das zu beurteilen, überlasse ich Ihnen! (Erneute Heiterkeit.)

**Abg. Rau (Komm.):** Ihnen war doch aber bekannt, daß der Landtag aus der Weisheitsigkeit, mit der die Preußentasse im Raiffeisen-Fall verfahren war, Schlussfolgerungen gezogen hat.

**Ministerpräsident Braun:** Wenn die Frage so gestanden hätte, daß wieder einem Schieber wie Uralzeß große Kredite gegeben werden sollten, dann würde ich mein Veto eingelegt haben. Aber die Görreshausgesellschaft in Köln ist doch nicht auf eine Linie zu stellen mit diesem Schwindler! Die Frage der Zuständigkeit war vom Ressortleiter zu prüfen. Der Gedanke der Zuständigkeit ist mir gar nicht gekommen, weil ich aus den ganzen Verhandlungen über den Uralzeß-Schwindel entnahm, daß der Geschäftsbereich der Preußentasse sehr weit gezogen sei.

**Abg. Dr. Wuchs:** Sie können doch höchstens das Gegenteil daraus schließen.

**Ministerpräsident Braun:** Was ich daraus schließe, ist meine Sache. (Bravo! bei den Sozialdemokraten im Zentrum.)

### Minister Hirtsiefer sagt aus

Zeuge Minister Hirtsiefer, der dann noch vernommen wird, sagt aus, daß die Frage einer Umbildung der Görreshaus G. m. b. H. an ihn herangebracht worden sei. Es habe sich um die Frage gehandelt, ob die Möglichkeit bestehe, für die „Kölnische Volkszeitung“, die als Grenzblatt zahlreicher Leser in Westeuropa habe, in grenzpolitischer Hinsicht eine Beteiligung herbeizuführen. Er habe keine Bedenken gehabt, der Sache nachzugehen, da ihm mitgeteilt worden sei, daß bis dahin auch schon in anderen Fällen so vorgegangen sei.

**Abg. Reddermeyer (Komm.):** Sie haben außerdem „Germania“-Aktien aufkaufen lassen. Gehört das vielleicht auch aus „grenzpolitischen Gründen“ gegenüber Herrn von Papen? (Heiterkeit.)

**Zeuge:** Wir hatten selbstverständlich ein Interesse daran, daß die „Germania“ nicht in eine bestimmte politische Richtung hineinkam, die dem Staatsinteresse entgegenstand.

**Abg. Dr. Wuchs (Mos.):** Welche staatspolitische Richtung war es denn, die gefährlich werden konnte? (Zuruf v. d. Komm.: Papen! — Heiterkeit.)

**Vorf.:** Fürchteten Sie damals schon Herrn von Papen mit seinem Aktienbesitz in der „Germania“? — **Zeuge:** Das kann sein! (Große Heiterkeit.)

Mit großer Mehrheit wird beschlossen, Reichskanzler von Papen, Staatssekretär Bland und den Präsidenten Heilferrich von der Preußentasse und einige andere Zeugen zu laden. Nächste Sitzung am Mittwoch.

Zwei kommunistische Zeitungen verboten. Die in Kotibus erscheinende kommunistische Tageszeitung das „Volkswort“ und die in Stertin erscheinende kommunistische „Volkswacht“ sind für Berlin in der Zeit vom 18. bis 31. Oktober einschließlich verboten worden.

## Prager Kabinettswechsel

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Prag, 18. Oktober.

Ministerpräsident Udrzal hat dem Präsidenten Masaryk seine Demission aus Gesundheitsrücksichten überreicht. Die Gesamtdemission des Kabinetts wird für Mittwoch erwartet. Die Agrarpartei, der Udrzal angehört, bestimmte den jetzigen Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses Malypetr, die Zusammenstellung der neuen Regierung zu übernehmen. Man rechnet mit Sicherheit damit, daß er hiermit vom Präsidenten Masaryk nach der am Freitag stattfindenden letzten Ministerratsitzung betraut werden wird. Innerhalb der neuen Regierung werden einige Veränderungen in den Personen erfolgen, über die bisher nur Kombinationen bekannt sind. Der tschechische sozialdemokratische Parteivorstand hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, auf der jetzigen Zusammenstellung der Koalition zu beharren.

## Geflüppter Hochmuth

Verleumdung sozialdemokratischer Führer gerichtlich unterbunden

Die Nationalsozialisten lassen überall ein Flugblatt verbreiten, das die fetten Ueberschrift trägt: „Der große Betrug der S.P.D.-Führer“, und die Unterzeile behauptet: „Partei und Reichsbanner sollen an Papen verraten werden.“

Dieses Flugblatt enthält den von uns schon niedriger gehängten gefälschten Brief eines angeblichen sozialdemokratischen Funktionärs, in dem von einer Resolution des sozialdemokratischen Bezirksvorstandes die Rede ist, die „mit 358 zu 17 Stimmen“ dem sozialdemokratischen Parteivorstand ein Mißtrauensvotum ausgestellt habe. Der „Vorwärts“ hat schon auf den Irrthum hingewiesen, der dem aus etwa 30 Mitgliedern bestehenden Bezirksvorstand ein Stimmenverhältnis von 358 zu 17 zuschreibt. Diese öffentliche Anpreisung des zunächst im „Völkischen Beobachter“, dann aber auch im „Angriff“ erschienenen gefälschten Briefes hindert die Nationalsozialisten nicht, die unsinnigen Behauptungen in Flugblattform zur Reichstagswahl zu verbreiten.

Die drei in dem Flugblatt besonders verleumdeten Genossen Otto Wels, Johannes Stelling und Franz Künstler haben deshalb gegen den verantwortlichen Herausgeber des Flugblattes, den Nationalsozialisten Paul Hochmuth, eine einstweilige Verfügung erwirkt.

## Aus Untertanien

Monarchismus mit doppeltem Boden

In Raxiburg feiert der Byzantinismus Orgien, weil eine sogenannte Prinzessin namens Schille einen Schwedenprinzen heiraten soll. Unter den Hochzeitsgeschenken für diese Margibille befindet sich auch eine von der Stadt Koburg geschenkte Wiege, die einen doppelten Boden aufweist. Hiermit hat es laut Hofbericht folgende Bewandnis: Zwischen die beiden Böden der Wiege soll Koburger Erde gefüllt werden, damit der zu erwartende Stammhalter — auf deutschem Boden aufzuwachsen! — hier kann man nur mit Chamisso singen:

Sei fruchtbar, du teurer Boden,  
Ich legte dich mild und gerührt.

An der nötigen Befestigung und Düngung der heimathlichen Scholle wird es ja vor-aussichtlich nicht fehlen!

### Der Daubmann von Köpenick

Erst nach und nach erfährt man die Einzelheiten, wie der falsche Daubmann in seiner Heimat gefestigt worden ist. Wir tragen noch einiges nach:

Die Freiburger Nationalsozialisten veranstalteten mit Lastwagen, Personenzug und Motorrädern eine Wallfahrt zu dem „Martyrer der nationalen Sache“. Trotz fürchterlichen Wetters beteiligten sich etwa 70 Fahrzeuge, mit Menschen überladen, an dieser Fahrt. Unter brauenden „Heil-Hitler“-Rufen hielt man Einzug in Endingen. Eine Abordnung begab sich zu dem falschen Daubmann, den man nach dem offiziellen Bericht in der Nazzeitung in folgendem Zustand antraf: „Gebrochen an Leib und Seele, den inneren Erregungen nicht gewachsen, liegt Held Daubmann auf seinem Lager, keines Wortes mehr mächtig...“ Da bleibt in der Tat die Spude weg!

Zu den Biometern gehört auch der Fürst Friedrich von Hohenzollern-Sigmaringen, der am 30. August dem Hochkapler Daub-



„Rat der Alten — jroßartig! Da brauch ich mich endlich nicht mehr auf „jugendlich“ herauszustaffieren!“

## Der ewige Jüngling

Die Verfassungspläne der Reaktion sehen als oberste Körperschaft einen „Rat der Alten“ vor.

## Neues von Harzburg

Nazis fordern zum Austritt aus dem Landbund auf

Die Hitlerleute fahren in ihrem Kampf gegen den deutschnationalen Harzburger Bruder immer stärkeres Geschütz auf. In Bayern sind sie nach einer Erklärung des Landbundes in oberfränkischen Zeitungen dazu übergegangen, die Landwirte in planmäßiger Weise zum Austritt aus dem Landbund anzuhalten. Ueber die Einzelheiten heißt es in der Erklärung:

„So betrieben die Nationalsozialisten in den letzten Wochen eine niedrige Hege gegen den Landbund und forderten Haus für Haus die Landwirte auf, ihren Austritt aus dem Landbund per 1. Oktober (Stichtag) auf eigens hierfür gedruckten Formularen zu erklären, ein Gebaren, wie es selbst von sozialistisch-kommunistischer Seite noch nie in Erscheinung trat.“

Aber es hilft nichts mehr, die Hitlererei hat abgewirtschaftet. Von 20 000 oberfränkischen Mitgliedern — schreibt der Landbund — seien nur 1025 der Parole der Nazi-partei gefolgt. Unter diesen 1025 seien viele, die schon seit Jahren ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkamen und jetzt sowieso hätten ausgeschieden werden müssen. Somit sei diese nationalsozialistische Aktion in Oberfranken gleich Mittelfranken verpufft.

## Gegen Autodiebstahl

Auch Fahrradbesitzer werden geschützt

Auf einem Vortragsabend der Vereinigung kraftfahrender Journalisten am Dienstagabend kündigte Reichsjustizminister Dr. Gürtner den unmittelbar bevorstehenden Erlass einer Rotverordnung an, durch die eine Lücke in der Gesetzgebung geschlossen werden soll: widerrechtliche Benutzung von Kraftfahrzeugen (einschl. Motorbooten) und Fahrrädern wird künftig mit bis zu drei Jahren Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe auch dann bestraft werden, wenn eigentlicher Diebstahl im juristischen Sinne nicht vorliegt, oder nicht nachgewiesen werden kann, z. B. bei Schwarzfahrten.

Wir kommen auf die Referate des Kommissars Bernburg, des Amtsgerichtsrats Tiech und des Reichsjustizministers im Sportteil des „Vorwärts“ noch zurück.

## Auflösung des Sächsischen Landtags abgelehnt.

Nach mehrwägiger Pause trat am Dienstag der Sächsische Landtag zu einer Zwischentagung zusammen. Als erster Punkt gelangte der nationalsozialistische Antrag auf Landtagsauflösung zur Debatte. Der Antrag wurde schließl. gegen die Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten abgelehnt.

Der frühere Präsident des allindischen Kongresses, Datta, ist in Kholnas (Bengalen) von unbekannter Hand ermordet worden. Er war angeklagt, ein Polizeispion zu sein.

# Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie

Ziehung 1. Klasse 21. u. 22. Oktober - Lose bei allen staatl. Lottereeinnehmern

# Gegen Lohndruck

Fort mit der Notverordnung

Aus der gestrigen Rede des Genossen Tarnow über die Stellung der Gewerkschaften zum Wirtschaftsplan der Regierung tragen wir noch folgende Stellen nach:

Der Reichskanzler hat in seiner Münchener Rede sich auch dagegen vermahnt, daß die Regierung Milliardenengpässe an die Unternehmer verteile, ihr Ziel sei, den Arbeitslosen zu helfen. Den guten Glauben billigen wir der Regierung zu. Aber die Tatsache, daß die Grundfrage des Planes in der geschlechtweisen und bedingungslosen Verteilung von 1 1/2 Milliarden Mark Steuern an die Unternehmer besteht, ist doch nicht zu bestreiten. Diese 1 1/2 Milliarden sind übrigens eine sehr fatale Größenordnung. Es ist nämlich genau der gleiche Betrag, der mit der Notverordnung vom 14. Juni aus den unteren und untersten Schichten herausgesprengt worden ist.

Weiter hat der Herr Reichskanzler vorgestern in Paderborn gemeint, die Arbeitskämpfe um diesen Teil der Notverordnung hätten nur auf Mißverständnissen beruht, die sich durch verständnisvolles Zusammenwirken von Unternehmer und Arbeiterchaft bereits zum größten Teil gelöst haben, so daß eine Gefährdung des Wirtschaftsfriedens nicht mehr zu befürchten ist. Nun,

## das „verständnisvolle Zusammenwirken“

besteht in den meisten Fällen darin, daß beide Teile sich darüber verständigen, die Notverordnung nicht anzuwenden. Warum legt die Regierung ihre Hoffnungen für den Wirtschaftsfrieden auf diese Verständigung, die ja leider in allen Fällen nicht erreicht wird, statt ihre Verordnung vom 5. September einfach zurückzuziehen?

Wo ist die volkswirtschaftliche Gegenleistung und ein Unternehmerrisiko, wenn die Mehrereinstellung nur durch Arbeitsstreckung erreicht wird? Oder wenn den Unternehmern ohne ihr Zutun zusätzliche öffentliche Aufträge in den Schoß fallen? Oder wenn ein Unternehmer dem anderen einen Auftrag abjagt hat? Oder wenn zwei Unternehmer sich verständigen, Aufträge von einem Betrieb nach dem anderen hinüberzuschicken?

Wenn der Staat in allen diesen Fällen den Unternehmern für nichts und wieder nichts Subventionen gibt, womit will er außerdem auch noch einen Lohnbeitrag der Arbeiter begründen? Die Arbeiter in Betrieben sehen die Dinge so, wie sie in Wirklichkeit sind, nicht in der volkswirtschaftlichen Fiktion der Regierung. Die Arbeiter sehen, daß man sie auf die Hungerlinie herunterdrücken will, lediglich zur Bereicherung ihres Unternehmers.

Der theoretisch normale Fall des Planes ist der, daß bei Neueinstellungen 55 bis 60 Proz. des neuen Lohnes durch die Lohnbeiträge der Beschäftigten aufgebracht werden sollen. Dazu kommt dann noch die Einstellungsprämie. Wenn beispielsweise ein Unternehmer mit 100 Arbeitern bei durchschnittlich 60 Pfennig Tariflohn und vierzigstündiger Arbeitszeit 25 neue Leute zu dem gleichen Lohnsatz einstellt, dann bekommt der Unternehmer wöchentlich aus Einstellungsprämien und Lohnentzügen 567,30 Mark. Der gesamte

Lohn der Neueingestellten macht 600 Mark aus, so daß ihm 700 Vollarbeiter in der Woche nur 32,70 Mark Lohn kosten. Aber noch ganz andere Bereicherungsmöglichkeiten ergeben sich, wenn er die Einstellungen in den unteren Tarifgruppen (Weibliche und Jugendliche) vornimmt. Beträgt in dem angenommenen Falle der Durchschnittslohn der Neueingestellten nur 20 Pfennig in der Stunde, dann sieht die Rechnung so aus:

Einstellungsprämien . . . . .	192,30 M.
Lohnabzüge . . . . .	325,—
insgesamt Zuschüsse . . . . .	517,30 M.
insgesamt Neulohn . . . . .	200,—
Reingewinn . . . . .	317,30 M.

Zu diesen 317,30 M. hat der Unternehmer noch die Arbeit der Neueingestellten völlig kostenlos.

Die Notverordnung übt einen starken Anreiz zur Verkürzung der Arbeitszeit aus. Wir haben

## die gesetzliche Vierzigstundenwoche

gefordert und den Arbeitern auch zugemutet, im Interesse der Arbeitslosen nötigenfalls auch ohne Lohnausgleich dieses Solidaritätsoffer auf sich zu nehmen. Wir haben dafür auch Verständnis gefunden in einer Zeit, als die Stundenlöhne noch wesentlich höher waren. Nachdem sie nun immer weiter und weiter abgebaut worden sind, ist das Opfer für die Arbeiter allerdings auch immer schmerzlicher geworden. Wenn nun aber die Verordnung zu den 16 Proz. Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 Proz. der Lohnentzügen hinzufügt, dann allerdings geht das weit über das noch erträgliche Maß hinaus. Damit ist unserer Idee der Arbeitszeitverkürzung wahrhaftig kein Dienst erwiesen, sondern es wird ihr damit das moralische Fundament in der Arbeiterchaft zerschlagen.

Eine Unmöglichkeit ist der § 7 der Verordnung, der „gefährdete Betriebe“ dadurch retten will, daß er dem Schlichter das Recht gibt, für sie den Tariflohn bis zu 20 Proz. zu senken. Wenn diese Idee in das allgemeine Arbeitsrecht eingefügt werden sollte, wäre das schließlich das Ende der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse, aber auch eine Grotzeste im kapitalistischen Konkurrenzsystem.

Der § 7 ist ein ganz bösesartiges Instrument, um den Tarifvertrag auf fälschliche Wege erledigen zu können, und überhaupt ist der ganze Wirtschaftsplan so tarifvertragsfeindlich, daß die Gewerkschaften sehr ernsthaft vor die Frage gestellt sind, ob es für sie überhaupt nicht besser ist, die Tarifverträge aufzugeben.

Die Arbeitnehmerschaft fühlt sich durch die Notverordnung vom 5. September vorgezwungen,

sie fühlt sich einseitig und mit empörender Ungerechtigkeit zu Opfern herangezogen, die für sie untragbar und für den wirtschaftlichen Zweck nicht nur entbehrlich, sondern geradezu hemmend sind. Wenn die von der Lohnentzügen betroffenen Arbeiter aus ihrem Konsumetat nun vielleicht das letzte herausstreichen müssen, was außer Miets und einfacher Ernährung noch darin stand, dann greifen sie viel besser als irgendein gelehrter

Rationalökonom, daß dies das Gegenteil von wirtschaftlicher Ankerbelung bedeutet.

Tarnow geht dann auf die Agrar- und Handelspolitik der Regierung ein. Die Löhne der Industriearbeiter zu senken und die Agrarpreise zu erhöhen, ist ganz bestimmt die Agrarkrise nicht zu lösen. Die Lage der Landwirte ist aufs engste und unlosbar verbunden mit der Konsumfähigkeit der breiten Massen.

Wer der Arbeiterchaft den Brotkorb höher hängt, wer ihr die Butter vom Brot nimmt und das letzte Stüchlein Fleisch aus dem Kochtopf holt, der greift auch der Landwirtschaft nach der Gurgel.

Die gegenwärtige Reichsregierung leitet Amt und Auftrag vom Reichspräsidenten ab. Wir wissen wohl, daß der Herr Reichspräsident die Notverordnungen unterschrieben hat, aber wir erinnern uns auch, daß er vorher feierlich verkündet hatte:

„Der Reichspräsident ersuchte den Reichskanzler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen darauf zu achten, daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiterchaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe.“

Wir müssen leider feststellen, daß dieses Versprechen nicht eingelöst worden ist. Oder wollte ein Vertreter der Regierung die Behauptung wagen, der Lebensstandard der Arbeiterchaft sei durch diesen Plan nicht herabgedrückt, der soziale Gedanke sei nicht beschädigt worden? Wir erinnern an das Versprechen des Herrn Reichspräsidenten, dessen Erfüllung wir für die deutsche Arbeiterchaft beanpruchen.

Ich hoffe, daß unsere Darlegungen nicht spurlos an den Ermägungen der Reichsregierung vorbegehen, daß sie erneut in eine Prüfung der Sachlage eintritt und daß das Ergebnis in der schleunigen Aufhebung der Verordnung vom 5. September besteht.

## Ein anderer Wind

weht bei der BVG.

Seitdem bei der BVG die Personalfragen nicht mehr in der Hand des sozialdemokratischen Direktors Brosat liegen, weht in dieser Beziehung für die Arbeiter und Angestellten der BVG ein anderer, keineswegs günstigerer Wind. Das dem neuen Personalreferenten das nötige Verständnis abgeht, hat sich bei den von uns veröffentlichten Abbauforderungen für das technische und Betriebspersonal im Arbeiterverhältnis deutlich gezeigt und wird durch die Forderungen aufs neue bestätigt, von denen die BVG jetzt den Neuaufschluß des zum 30. September gekündigten Manteltarif ihrer Angestellten abhängig macht.

In erster Linie laufen die Forderungen der BVG auf einen Abbau der Gehälter hinaus, der bei den Angestellten, für die auf Grund ihrer früheren höheren Bezahlung bei den Vorgängern der BVG Sondergehälter festgelegt sind, bis zu 20 Proz. beträgt. Durch Verschlechterung der Eingruppierungsbestimmungen soll ein weiterer Gehaltsabbau bis zu 10 Proz. erreicht werden, so daß, wenn man den bis jetzt auf Grund der früheren Notverordnungen erfolgten Gehaltsabbau berücksichtigt, die am 1. April 1929 gezahlten Gehälter teilweise bis zu 50 Proz. gekürzt wurden.

Hinzu kommt noch eine ganze Reihe anderer Verschlechterungsanträge der BVG, hinsichtlich der Arbeitszeit- und Ueberstundenregelung, der Gehaltszahlung in Krankheitsfällen und bei Unfällen, der Urlaubsbestimmungen und vor allem der Bestimmungen des Tarifvertrages, die bei verschiedenen Fragen eine Mitwirkung der Betriebsvertretung vorsehen. Das Mitwirkungsrecht soll, getreu den Forderungen der Schlichter im Lager der Privatindustrie, vollständig beseitigt werden.

In der Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten der BVG, am Montag in den Ruffertsalen ließ Genosse Zeiß vom 30. A., der den Angestellten die Wünsche ihrer Direktion unterbreitete, keinen Zweifel darüber, daß sich die Angestellten eine derartige Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen nicht widerstandslos gefallen lassen werden.

Die Versammlung beauftragte die Organisationen, die Verhandlungen mit der Direktion nur auf der Grundlage der bisherigen Tarifbestimmungen zu führen und alle Verschlechterungsanträge der BVG energig zurückzuweisen.

## „Freiwillig?“

„Du mußt“ — sagt der Landrat

Der Landrat des Kreises Wittenberg scheint den freiwilligen Arbeitsdienst mit der zwar von gewissen Kreisen geforderten, bisher aber noch nicht notverordneten Arbeitsdienstpflicht zu verwechseln. Er hatte Jugendliche aufgefordert, sich zum freiwilligen Arbeitsdienst zu melden und da sie dieser Aufforderung nicht folgten, ihnen zur Meldung eine Frist von drei Tagen gesetzt.

„Geht innerhalb derselben die Meldung nicht ein, dann muß ich annehmen, daß Sie nicht mehr hilfsbedürftig im fürsorgerechtlichen Sinne sind. Ich werde dann prüfen, von welchem Zeitpunkt ab die Zahlung der Unterstützung eingestellt werden muß.“

Dem eifrigen Landrat muß die Rechtslage klargemacht werden.

## Kleine Anfrage

Unter „Arbeitseinstellungen“ meldet die „DNZ“: „Die Gebr. Stollwerk A.-G., Köln, hat, wie W.B.-Handelsdienst erfährt, seit Ende August d. J. auf Grund der Notverordnung der Reichsregierung bisher insgesamt rund 800 Arbeiter neu eingestellt.“

Wieviele Arbeiter (worumter teils auch Arbeiterinnen zu verstehen sind) hat die genannte Firma im September vorigen Jahres „neu“ eingestellt und wieviele hat sie zwischen Frühjahr und Sommer dieses Jahres entlassen?

Wir würden uns für die 800 Neueingestellten recht freuen, wenn sie wirklich neu eingestellt und auf dauernde Beschäftigung in diesem Saisonbetrieb zu rechnen hätten.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Blätterpreis: Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ 10 Pf., Hauptblatt 10 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezugspreis einschließlich d. W. Postzeitung und 72 Pf. Postzeitungsbeilage, Auslandsendbestellung 3,60 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postfachporto 1,65 M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Geld. Anzeigenpreise: Die einfache Zeile 1,50 M., Kleinanzeigen 1,20 M., kleine Anzeigen 600 bis 800 Zeilen 1,20 M. je Woche, weitere 10 Pf. pro 1000 Zeilen. Familienanzeigen 10 Pf. Anzeigenannahme im Vorauszahlung. Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Einlieferung angenommen. Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Einlieferung angenommen. Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Einlieferung angenommen.

# Kinderstag!



**Garnitur: Schal u. Mütze**  
Wolle, sehr kindsame Form, wie Abbildung und ähnliche Muster  
**2,95**



Mengenabgabe vorbehalten. — Verkauf soweit Vorrat.

<p><b>Kinder-Pullover</b> reine Wolle, hell, ohne Aermel, Gr. 50/60 Stück <b>1,45</b></p> <p><b>Kinder-Rundhüte</b> in vielen Farben . . . . . Stück <b>2,50</b></p> <p><b>Baskenmützen</b> reine Wolle, viele Farben, St. . . . . Stück <b>0,95</b></p> <p><b>Kinder-Strümpfe</b> reine Wolle, schwer, hell, Gr. 1 Paar, Jede weitere Größe 15 Pf. mehr <b>0,75</b></p> <p><b>Kinder-Schlüpfer</b> gute Kanawade mit angerautem Futter, Größe 30 . . . . . Stück, Jede weitere Größe 15 Pf. mehr <b>0,80</b></p> <p><b>Kinder-Hemdchen</b> aus warmem Trikot mit Aermeln, Größe 80/100 Stück <b>1,45</b>, 60/70 <b>0,55</b></p> <p><b>Knaben-Hemden</b> aus gutem Waschezeug, Lg. 40, St. Jede weitere Länge 10 Pf. mehr <b>1,45</b></p> <p><b>Stoffpuppen</b> gekleidet, mit Haar . . . Stück <b>0,95</b></p> <p><b>Stoffpuppen</b> gekleidet, mit Haar, ca. 30 cm, Stück <b>1,75</b></p> <p><b>„Die Kletterrolle“</b> neuestes Volksspiel, Stück von <b>0,10</b></p>	<p><b>Kinder-Pyjamas</b> aus gutem Trikotstoff, Größe 24, Stück, Jede weitere Größe 25 Pf. mehr <b>1,25</b></p> <p><b>Pyjamas</b> aus vorzüglichem Baumwollstoff, schöne Verarbeitung, Länge 60 . . . . . Stück, Jede weitere Größe 50 Pf. mehr <b>1,95</b></p> <p><b>Baby-Garnituren</b> Jacke und Mütze, reine Wolle, nette Ausführungen . . . . . Garnitur <b>2,45</b></p> <p><b>Laschenschuhe</b> Kinder, Kamelhaar, Gr. 31/30, Paar <b>1,25</b></p> <p><b>Kinder-Ohrschnecken</b> Kamelhaar, Gr. 27/30 <b>1,25</b>, Gr. 20/22 Paar <b>0,95</b></p> <p><b>Kinder-Stiefelchen</b> Chevreau mit Lackbezug, Gr. 23/24 <b>3,00</b>, 25/22 <b>2,50</b>, 18/19 Paar <b>2,95</b></p> <p><b>Eisenbahn</b> mit Werk, auf Schienen <b>0,95</b></p> <p><b>Das kleinste Auto</b> mit Werk u. Vollgummi-Reifen, fährt 6 versch. Figuren, Stück <b>0,95</b></p> <p><b>Mechan. Weitrennspiel</b> interessant, Gesellschaftsspiel <b>3,50</b></p>
---	---

Kinder-Gedeck 25 Pf.

1 Tasse Kaffee od. 1 Glas eisgekühlte Schokolade od. 1 Glas Melange und 1 Windbeutel mit Schlagsahne od. 1 Mohnkopf m. Schlagsah.

**Abb. 1.** Sackfisch-Kleid aus Mous-Bouclé, gut verarbeitet, in hübschen Farben, Länge 95—110 cm **13,75**

**Abb. 2.** Kinder-Kleid aus Mous-Bouclé, mit buntem Streifen, für ca. 9 Jahre (Steig. 50 Pf.) **4,75**

**Abb. 3.** Mädchen-Kleid aus Mous-Bouclé, gute Verarbeitung, hübsch garn., L. ca. 8 Jahre (Steig. 30 Pf.) **4,90**

**Abb. 4.** Knaben-Mantel aus gutem Flaasch, ganz mit warmem Futter, L. ca. 2,3, (Stg. 75 Pf., ab Gr. 7, 28) **14,75**

HERMANN

# Anwaltskämpfe im Felsenec-Prozess

## Rechtsanwalt Plettenberg verläßt die NSDAP.

Der Kampf der Angeklagten im Felsenec-Prozess um den Verteidiger ihrer Wahl, Rechtsanwalt Dr. Vitten hat in der gestrigen Verhandlung eine Zuspitzung erhalten, die die Wahrheitsfindung in diesem Prozess, in dem die Anklage auf Totschlag lautet, außerordentlich gefährdet erscheinen läßt. Sechs von den angeklagten Kommunisten sind so gut wie ohne Verteidigung geblieben, obgleich diese laut Strafprozessordnung eine notwendige Verteidigung ist.

Nachdem Landgerichtsdirektor Böhmert den Beschluß der Kammer verlesen hatte, durch den der Antrag auf Ablehnung der Berufsrichter wegen Befürchtung der Befangenheit als unbegründet zurückgewiesen wurde, erklärte Rechtsanwalt Cohn-Bendit die weitere Verteidigung des Angeklagten Homann niederlegen zu müssen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stehniß beantragte, dem Angeklagten Homann den

verteidiger abgelehnt wurde, weil er in der ersten Verhandlung sich öffentlich in äußerst scharfer Weise sowohl gegen die Verteidigungstaktik des Rechtsanwalts Vitten als auch gegen die Haltung der ihm jetzt anvertrauten Angeklagten geäußert habe. Rechtsanwalt Dr. Plauth erklärte sich nicht für befangen, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stehniß beantragte den Protest der Angeklagten zurückzuweisen und das Gericht beschloß demgemäß. Die sechs kommunistischen Angeklagten verweigerten darauf trotz der Ermahnung des Vorsitzenden in ihrem eigenen Interesse ihre Aussage zu machen, irgendwelche Erklärungen sowohl zur Person als zur Sache selbst.

Ohne die Verteidigungstaktik und die Gesamthaltung des Rechtsanwalts Dr. Vitten im ersten Felsenec-Prozess auch nur im geringsten gutheißen zu wollen, muß jedoch zu der nun entstandenen Lage mit aller Entschiedenheit folgendes gesagt werden.

**Das Gericht ist in einem Totschlagsprozess verpflichtet, den Angeklagten Verteidiger zu stellen, damit diese ihre Rechte zu wahren instande sind.**

Man kann aber den Angeklagten nicht zumuten, sich von einem Offizialverteidiger vertreten zu lassen, der bisher mit größter Schärfe den Verteidiger ihres Vertrauens bekämpft hatte. Unverständlich aber ist es, daß Rechtsanwalt Plauth ungeachtet des scharfen Protestes der Angeklagten, die erklärten, kein Vertrauen zu ihm zu haben, sich trotzdem nicht von der Verteidigung zurückgezogen hat. Wie er nun die Verteidigung zu führen gedenkt — gegen seinen Mandanten — ist nicht gut verständlich. Die Angeklagten werden aber hier bestraft wegen der Haltung ihres Verteidigers, für die sie nichts können.

Weiterhin dürfte von allgemeinem Interesse sein, daß

**der nationalsozialistische Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Plettenberg seinen Austritt aus der NSDAP. erklärt hat.**

Dr. Plettenberg hatte seinerzeit eine gemeinsame Protesterklärung gegen das Gericht in der Angelegenheit Vitten im Interesse der Anwaltschaft mit unterschrieben und es war ihm von der Gauleitung der NSDAP. zur Strafe „befohlen“ worden, die Verteidigung der Razi niederzulegen.

unterdes zwei von diesen Gemälden von Goghs für einen billigen Preis erworben. Der Staatsanwalt hat in der Zwischenzeit noch weitere Bilder röntgen lassen und glaubt auf Grund des Ergebnisses neues Material zum Beweise der van-Gogh-Fälschungen in der Hand zu haben.

Den Vorsitz in diesem zweiten van-Gogh-Prozess, der etwa drei Wochen in Anspruch nehmen dürfte, führt Landgerichtsdirektor Heiner. Die Anklage vertritt auch diesmal Gerichtsassessor Kantak, die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt inne.

## Kohlenzuschuß!

### Brennstoff für Hilfsbedürftige

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für Winterhilfe sollen auf Grund eines im Stadtparlament angenommenen sozialdemokratischen Antrages laufend unterstützte Personen auch in diesem Winter wieder Brennstoffbeihilfen aus städtischen Mitteln erhalten. Die Bewilligung der Beihilfen erfolgt durch die Bezirkswohlfahrts- und Jugendämter, und zwar im allgemeinen ohne besonderen Antrag.

Die Brennstoffbeihilfen werden für die Monate November/Dezember 1932 und Januar, Februar, März 1933 in Form von baren Unterstützungszuschüssen zum Ankauf von Brennstoffen gewährt, und zwar werden erhalten: Personen mit eigenem Haushalt und drei oder mehr Zuschlagsempfängern monatlich 2 M.; andere Personen mit eigenem Haushalt 1,50 M.; Personen ohne eigenen Haushalt 1,30 M.

Die Zuschüsse werden in der Regel zusammen mit den laufenden Unterstützungen von den Bezirkswohlfahrts- und Jugendämtern ausgezahlt.

Alte und körperlich behinderte Unterstützungsempfänger können auf Antrag wie im Vorjahre an Stelle der baren Brennstoffbeihilfen Braunkohlenbriketts in entsprechender Menge in die Wohnungen geliefert erhalten.

## Laternenreinigers Tod

### Nach dem Absturz überfahren

Auf furchtbare Weise ist gestern der 46jährige Gasarbeiter Erich Schmidt aus der Dieffenbachstraße 28 ums Leben gekommen.

Er war in der Wilmstraße mit dem Reinigen der Gaslaternen beschäftigt. Pöblich stürzte die Leiter, auf der Schmidt arbeitete, um und der Gasarbeiter fiel kopfüber auf den Fahrdamm. Unglückslicherweise passierte in diesem Augenblick ein Kolliführwerk die Unfallstelle. Obgleich der Kutscher mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sein Fahrzeug zum Halten zu bringen versuchte, gingen die Vorderräder des schweren Lastfuhrwerkes über den Körper des Unglücklichen hinweg. Mit schweren Verletzungen wurde Schmidt ins Urban-Krankenhaus übergeführt, wo er bald nach seiner Aufnahme gestorben ist.

Außerdem ereigneten sich in den gestrigen Abendstunden drei weitere schwere Verkehrsunfälle, bei denen jedesmal Frauen die Opfer waren. Die Überfahrenen wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen in die nächsten Krankenhäuser gebracht.

## Restaurant in Flammen

Bermutlich durch Kurzschluß brach gestern Abend in dem Restaurant von Weigelt in der Innsbrucker Str. 11 Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Die Holzverkleidungen der Decke und Wände sowie die Einrichtung wurden von den Flammen ergriffen. Die Feuerwehr war drei Stunden tätig.

## Fischertragödie auf der Ostsee

### Zwölf Stunden mit dem toten Sohn im Wasser

Stettin, 18. Oktober.

Der Kapitän des zum Hafenausbau in Swinemünde gehörenden Regierungsdampfers „Walter Körte“ bemerkte am Dienstag gegen Mittag in der Swinemünder Bucht etwa drei Meilen von Rosserow entfernt ein kieloben treibendes Boot. An dem Boot hatte sich ein völlig erschöpfter Mann angeklemmt.

Nachdem der Regierungsdampfer an das Boot herangefahren war und den Schiffbrüchigen an Bord genommen hatte, wurde die Leiche eines jungen Mannes entdeckt, die an dem kleinen Fahrzeug festgebunden war. Die Leiche wurde an Bord des Dampfers, geborgen, der dann sofort Kurs auf Swinemünde nahm. Hier wurde der ältere Mann ins Krankenhaus eingeliefert. Es handelt sich um den 53jährigen Fischer Otto Haack aus dem Ostseebad Zinnowitz. Nachdem Haack das Bewußtsein wiedererlangt hatte, erzählte er, daß er mit seinem 23jährigen Sohn am Montag nachmittag in einem kleinen Boot aus Zinnowitz in See gefahren sei. Gegen 11 Uhr abends seien sie von dem plötzlich auftretenden Sturm überrascht worden und getrennt. Er und sein Sohn hätten sich an dem kieloben treibenden Boot festgehalten. Bei dem stundenlangen verzweifelten Kampf gegen die hohen Wellen habe der Sohn schließlich die Kräfte verloren. In seiner Todesangst habe er den Sohn angefaßt, um ihn nicht zu verlieren. Gegen 3 Uhr morgens sei jedoch der Tod eingetreten. Dann hat der alte Haack auf dem gekenterten Boot in Sturm und Wellen über zwölf Stunden bis zum Mittag ausgehalten, bis endlich die Rettung durch den Dampfer nahte.

## Sturm über der Nordsee

Im norddeutschen Küstengebiet über der Nordsee legte in der Nacht zum Dienstag ein heftiger Südwestwind ein, der sich zu Sturmstärke

steigerte. Borkum meldete am Dienstagmorgen Südwestwind Windstärke 9, Helgoland meldete Windstärke 8. Die deutsche Seewarte hat erneut Sturmwarnung erlassen. Infolge der aufgewühlten See waren kleinere Schiffe gezwungen, Rauhäfen anzuliegen. Schiffsunfälle sind bisher nicht gemeldet worden.

## Windhose zerstört 8 Häuser

Wesseln, 18. Oktober.

Am Dienstagvormittag zog eine Windhose über Reinsbüttel hinweg, die großen Schaden anrichtete. Das Dach einer riesigen Scheune wurde 500 bis 600 Meter weit fortgeschleudert und knickte dabei die Masten der Hochspannungsleitung um. Die Scheune stürzte vollkommen zusammen. Bei dem Einsturz des Hauses eines Arbeiters wurde dessen Frau verletzt; ein im Bett liegendes Kind wurde verschüttet. Eine Anzahl weiterer Personen wurde verletzt. Insgesamt wurden von der Windhose acht Häuser eingedrückt. Andere Häuser wurden schwer beschädigt.

## Ein Opfer ihres Berufs

### Aufgeklärter Leichenfund

Zwischen den Stationen Heeringen und Kumühle bei Nordhausen wurde — wie bereits berichtet — am Kilometerstein 88 die Leiche eines etwa 18 bis 20 Jahre alten Mädchens gefunden. Bei der Toten fand man eine Fahrkarte Berlin—Marburg und eine D-Zug-Zuschlagkarte. Die Karten waren in Berlin auf Alexanderplatz gelocht. Die Unbekannte muß nach dem Befund am Latort aus dem Zuge gestürzt sein. Der Zug passiert die Stelle um 1 Uhr 22 Mi-

nuten früh. Er hat durchschnittlich eine Geschwindigkeit hier von 75 bis 80 Kilometer. Der Körper des Mädchens prallte gegen einen Kilometerstein. Der Stein wurde herausgerissen und etwa einen Meter weit fortgeschleudert. Nunmehr ist festgestellt, daß es sich bei der Toten um die 21jährige Erzieherin Henny Goldstein aus Frankfurt a. M. handelt. Henny Goldstein war zuletzt in einem Heim für schwachsinrige Kinder in Beelitz bei Berlin tätig, hatte aber ihre Stelle, durch die sie sich seelisch stark belastet fühlte, zum 1. November gekündigt. Die Abreise erfolgte vorzeitig und überstürzt. Verschiedene Anzeichen deuten daraufhin, daß Henny Goldstein durch Sprung aus dem fahrenden D-Zug Selbstmord begangen hat. Nach ihren letzten Äußerungen hat das Mädchen unter ihrer Umgebung seelisch sehr gelitten. Der ständige Umgang mit den psychopathischen Kindern war eine zu große Last für sie.

## Wieder Bildfälscher-Prozess

### Noch einmal Kampf um die van Goghs

Der Kunstmalers Otto Waack, dessen schwunghafter Handel mit den gefälschten van Goghs in den interessierten Kreisen soviel Aufsehen erregt hat, steht seit gestern zum zweitenmal vor Gericht. Er hat sich mit dem Urteil erster Instanz, die ihn wegen fortgesetzten Betruges und fortgesetzter Urkundenfälschung zum einem Jahr Gefängnis verurteilt hat, nicht zufrieden gegeben.

Der äußerst verwickelte Kunstprozess muß also zum zweitenmal aufgerollt werden. Wie zur ersten Verhandlung, werden namhafte Kunstfachverständige ihr Gutachten zu erstatten haben, u. a. Geheimrat Justi, der Direktor der Nationalgalerie, der Kurator der Nationalgalerie, Thormaelen, und andere mehr. Auch der holländische Sachverständige wollte es sich nicht nehmen lassen, noch einmal auf eigene Kosten nach Berlin zu kommen, um hier eine Lanze für die Echtheit einiger der von den deutschen Sachverständigen als gefälscht anerkannten van Goghs zu brechen. Wie bekannt wird, hat der holländer Scherjon

4. Oktober  
8 3



# Wo man fragt, empfehlen man „Saba“

Wenn Sie irgendwo in Berlin die beste Cigarette verlangen, erhalten Sie die berühmte „Saba ohne“.  
Warum? Weil „Saba ohne“ von einer Qualität ist, wie sie noch vor kurzem für eine 3 1/3 Pfg.-Cigarette unerreicht schien.



# Volksreiseverkehr der Zukunft

Reisen müssen billig sein!

Der Bund Deutscher Verkehrsvereine veranstaltete aus Anlaß seiner Hauptversammlung im Haus der Deutschen Presse einen Empfangsabend, zu dem Vertreter verschiedener Reichsministerien, des Deutschen Städtetages, des Reichsstädtebundes, der Stadt Berlin und der Presse erschienen waren. Im Mittelpunkt des Abends stand die Ansprache des Bundesvorsitzenden, Reichsministers a. D. Dr. Hamm, die auf dem erfreulichen Grundthema aufgebaut war: Fremdenverkehr ist nicht eine Sache der oberen Zehntausend, sondern des Volksganzen.

Unverkennbar ist, so sagte Dr. Hamm, der Zug vom Luxusaufwand hinweg zur Einfachheit und Sparsamkeit, unverkennbar auch der Wille zur Gesundheit, zu einem Leben in und mit der Natur und zu einfachen Daseinsfreuden. Dieser Gang der Entwicklung, an sich erfreulich, ist wirtschaftlich jedoch nicht ohne Schaden geblieben und darf auch zu einer Vernichtung wirtschaftlicher Kräfte nicht führen. Dabei kann von einer Fremdenverkehrspolitischen Kutartie nicht die Rede sein, denn aller Fremdenverkehr beruht auf Gegenseitigkeit. Aufgabe der Zukunft wird es sein, den deutschen Reise- und Fremdenverkehr der deutschen Heimat möglichst zu erhalten und den jetzt vorhandenen toten Punkt durch Maßnahmen der Werbung zu überwinden. Von lebhaftem demonstrativen Beifall wurde Dr. Hamm, der ein Bayer ist, unterbrochen, als er, ein freundliches und seltenes Kompliment Süddeutschlands vor unserem Norden und auch vor Berlin, sagte: Nicht nur möge der Norddeutsche nach dem Süden fahren, sondern der deutsche Süden möge auch nach dem Norden kommen. Wir brauchen engeres Zusammenarbeiten der Verkehrsträger (Eisenbahn, Post usw.) mit den Trägern der Verkehrswerbung. Was der Fremdenverkehr wirtschaftlich bedeute, wird bei uns noch gar nicht genug gewertet. Über auch die Zusammenhänge zwischen Fremdenverkehr und Zustandspolitik werden bei uns viel zu wenig gewürdigt. In anderen Ländern, wie in Frankreich, Italien und besonders auch in der Schweiz hat man die politisch-wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs voll erkannt. Wenn festgestellt ist, daß in einem rein agrarischen Land, wie Mecklenburg, der Wert der Ernte 200 Millionen und der Umsatz des Fremdenverkehrs 20 Millionen betrage, so muß jedem klar werden, welche volkswirtschaftliche Bedeutung dem Fremdenverkehr

zukommt. Wir brauchen aber in Deutschland nicht eine Anerkennung der Bedeutung des Fremdenverkehrs schlechthin, sondern eine Aktivierung dieser Anerkennung.

## Winterurlaubskarte muß kommen!

Von erheblicher Bedeutung auch für Berlin waren die Ausführungen Dr. Hamm's bzw. die Formulierung von Wünschen für die Ausgestaltung der Sommerurlaubskarte, so z. B. die Zulassung der Rückfahrt frühestens für den achten Tag, mehrmalige Unterbrechung auch auf der Hin- und Rückfahrt, eine wesentliche Herabsetzung der Mindestentfernung und Einführung einer Winterurlaubskarte. Diesen Wünschen gegenüber sind die Erwägungen der Reichsbahnverwaltung noch nicht abgeschlossen. Ablehnend verhält sich vorläufig noch die Reichsbahn gegenüber den Wünschen auf Einführung einer Winterurlaubskarte. Es blieb indessen die Ueberzeugung der Versammlung, daß sowohl aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Erwägungen

heraus die Einführung einer Winterurlaubskarte zumindest für die anerkannten Winterportgebiete unerlässlich sei. In den Verwaltungen und Betrieben ist die Einstellung auf den Winterurlaub, die den Geschäftsverkehr wesentlich erleichtert, nicht mehr zu entbehren. An die Reichsbahnverwaltung wurde deshalb die dringende Bitte gerichtet, sie möchte den Winterurlaub in gleicher Weise wie den Sommerurlaub begünstigen. Die Hauptversammlung hat sodann beschlossen, mit den österreichischen Fremdenverkehrssträgern in eine engere Verbindung zu treten, die in der Form einer noch näher zu umgrenzenden Arbeitsgemeinschaft gefunden werden soll.

Im Laufe des Abends begrüßte ein Vertreter der Stadt Berlin die Versammlung und bat um Förderung der Olympiade 1936. Außerdem wies Oberbürgermeister Dr. Ruffell, der Vorsitzende des Rheinischen Verkehrsverbandes, auf die Abstimmung für das Saargebiet im Jahre 1935 hin, die auch für den Fremdenverkehr nach Westdeutschland erhebliche Bedeutung haben werde. Biel bemerkte wurde auch die Begrüßung des 1. Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Bäderverbandes, des Bürgermeisters Dr. Heß Wiesbaden. Für die Anerkennung, die die Presse für ihre Mithilfe zur Inlandreiseförderung fand, dankte Chefredakteur Merleker.

# Frische Brötchen um 6.30 Uhr

Brotfabrikanten habens erreicht

Das Ministerium für Handel und Gewerbe hat — offenbar auf Drängen der Brotfabrikanten — die Regierungs- bzw. Polizeipräsidien ermächtigt, die Belieferung der offenen Geschäfte mit Backwaren von 6.15 Uhr an und den Verkauf von Backwaren in offenen Geschäften von 6.30 Uhr an zu gestatten. Der Berliner Polizeipräsident will von dieser Ermächtigung Gebrauch machen und eine dementsprechende Bekanntmachung noch in dieser Woche ergehen lassen.

Dieses Vorgehen ist erfolgt, ohne daß die zunächst Beteiligten, weder die Vertreter der Bäckermeister noch die der Bäckereiarbeiter wenigstens zuvor gehört worden wären. Ueber ihre Köpfe hinweg wurde diese Anordnung getroffen, ohne Rücksicht auf das Nachtbrotverbot.

Um 6 Uhr soll im Bäckergewerbe erst die Arbeit beginnen. Sie wurde auf Beitreiben der Bäckermeister um eine Stunde früher, auf 5 Uhr vorderlegt, damit — wie die Vertreter der Meister erklärten — die Bäckermeister wieder ehrlich werden können, nicht mehr gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen.

Eine frühere Lieferung von Backwaren ist natürlich nur möglich, wenn die geltende Arbeitszeitbestimmung wiederum umgangen, der Arbeitsbeginn weiter vorderlegt wird, bis 4 Uhr und womöglich gar auf

3 Uhr. Da dies nur auf ungesetzlichem Wege möglich ist, wird je nach den Konkurrenzverhältnissen ein ganzer Teil der Bäckermeister sich auf Grund dieser neuen Verordnung zu früheren Anfangsgeraden gezwungen sehen, heimlich — hinter verschlossenen Türen — früher anzufangen. Damit dann aber die Bäckermeister wiederum ehrlich werden können, werden sie den offiziellen Beginn der Arbeitszeit um eine Stunde früher fordern und so wird das Nachtbrotverbot mehr und mehr durchlöchert.

Das Kuriose an der Geschichte ist, daß die Bäckermeister selber eine Protestversammlung gegen die frühere Belieferung von Backwaren abgehalten und beim Polizeipräsidenten Einspruch erhoben haben gegen die beabsichtigte Maßnahme.

Die große Masse der Arbeiterschaft hat nach wie vor des Morgens keine Zeit mit dem Kaffeetrinken auf frische Brötchen zu warten. Sie muß den Weg zur Arbeit meist schon früher antreten. Der Vorteil für die Allgemeinheit ist unbedeutend, der Nachteil für die Bäckereiarbeiter liegt auf der Hand. Soll etwa auf diese Weise die Wirtschaft angekurbelt werden? Oder welchem Zweck sonst soll diese „Reform“ zur Verschlechterung eines wichtigen — zu nicht indirekten — Arbeiterschutzes dienen? Die Bäcker wissen es nicht.

## Stadt schafft Arbeit

Regulierung der Fernverkehrsstraßen

Im Rahmen der Notstandsaktion der Stadtentwässerung sollen eine Reihe weiterer Notstandsarbeiten ausgeführt werden, die sich in der Hauptsache aus den Bauarbeiten bei den Fernverkehrsstraßen ergeben. So sollen in der Rudower Allee (Brieg), in der Dorfstraße (Müggelheim) und in der Saltrower Chaussee (Kladow) die Regenwasserleitungen eingebaut werden, ehe die Straßendecken fertiggestellt werden, damit die neue Decke sich nicht später lockt. Auch im Grünweg (Reinickendorf) und in der Albrechtstraße (Hermisdorf), für die Mittel im Bauprogramm 1932 und 1933 vorgesehen sind, soll die Regenwasserleitung vorher ausgeführt werden. Endlich müssen in Rahlsdorf und Biesdorf-Nord in einer Reihe von Straßen nötige Regulierungsmassnahmen durchgeführt werden.

## Noch ein Prozeß in Lübeck

Nachspiel zum Tuberkulose-Prozeß

Lübeck, 18. Oktober.

Die Lübecker Staatsanwaltschaft hat gegen den Berliner Arzt Dr. Genter Anklage wegen jahrelanger Körperverletzung erhoben.

Dr. Genter hatte seinerzeit in Lübeck auf Wunsch verschiedener Eltern Kinder, die nach der Schutzimpfung mit BCG erkrankt waren, aber von den Ärzten als heil-

ungslos aufgegeben waren, mit seinem Tuberkulosemittel Antiphthisin behandelt. Im Lübecker Prozeß hatte Prof. Dr. Schürmann-Berlin als Sachverständiger befunden, daß sich in drei Fällen bei von Dr. Genter behandelten Kindern neben der Tuberkuloseerkrankung allgemeine Infektion eingestellt. Die Verhandlung wird vor dem Lübecker Amtsgericht stattfinden, doch ist ein genauer Prozeßtermin noch nicht angelegt.

Dieser Prozeß gegen den Berliner Arzt, der doch nur von verzweifelten Eltern in der höchsten Not herbeigerufen worden war, scheint demnach sehr viel schneller in Gang zu kommen als jener Prozeß, in dem es um den Tod vieler kleiner Kinder ging.

## Konditoren werben

Wieder Fachmesse im Zoo

Nur drei Tage, vom 18. bis 20. Oktober, beherbergen die großen Festtage des Zoo, die alljährlich hier stattfindende Fachmesse der Konditoren und Bäckermeister Groß-Berlins. Am Dienstagvormittag wurde in Gegenwart von Vertretern der städtischen Behörden, der naheliegenden Wirtschaftsverbände und vieler Fachleute diese Schau mit einer schlichten Feier eröffnet. Bäckereimeister Brülling wies daraufhin, daß gerade die schlechte Wirtschaftslage eine Messe erfordert, um jedem Bäcker und Konditor einen Vergleich für seinen Einkauf und einen Ueberblick über die technische Entwicklung seines Gewerbes zu geben. Nach außen hin soll die Fachmesse den Lebenswille des deutschen Handwerkerstandes bezeugen. Im gleichen Sinne sprachen Konditor-Obermeister Rudloff und der Präsident der Berliner Handwerkerkammer Ludwig u. a. Der anschließende Rundgang durch die Ausstellung ließ Augen, Nase und Gaumen die besonderen Reize der Schaufläche stark empfinden. So sieht man hier viele phantastische Tortenwunder, z. B. eine Darstellung Hohengrins und des Schwans, den „Da. X“, ein Kiefenblumenarrangement, ein Widtgerichs und vieles mehr. Außer Backwaren für das tägliche Leben und vielen interessanten technischen Fachartikeln gibt es noch eine Sonderchau unter dem Leitwort: „Jeder kann werben“ zu sehen.

## In wenig Worten

Der deutsche Dampfer „Birtenau“ aus Bremerhaven ist in der Nähe von Dunbar an der schottischen Küste in Seenot geraten. Die Küstenwache konnte 13 Mann der 15köpfigen Besatzung retten. Der Kapitän und der erste Mann sind an Bord geblieben.

Vor der 33. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin fanden die Zivilprozesse des Kunstmalers v. Diebegraven und der Brüder Gustav und Willy Waldorf gegen den Preussischen Staat wegen der Erschießung des Leoparden Kanojsh ihren Abschluß. Rechtsanwalt Dr. Renger vertrat die Auffassung, daß die Polizei durch die von ihr vorgenommene Tötung des Tieres ihre Amtspflicht verletzt habe. Das Gericht wies die Ansprüche Diebegravens und der Brüder Waldorf kostenpflichtig ab und bestätigte damit den Standpunkt der Polizei, daß die Erschießung Kanojshs zu Recht erfolgt wäre.

Morig Dornier, der Bruder und Mitarbeiter des Flugzeugbauers Dr.-Ing. h. c. Claudius Dornier, ist am Dienstag in München an den Folgen einer Operation gestorben.

Das Erweiterte Schöffengericht des Hamburger Amtsgerichts fällte das Urteil gegen die wegen Zollhinterziehung, Beamtenehehung usw. angeklagten drei Inhaber der Importfirma für dänische Fleischwaren Petersen u. Co. Heinrich Petersen und Ole Abrahamson erhielten je fünf Monate Gefängnis, Gustav Rasmus 15 Monate Gefängnis, dazu jeder 93.000 Mark Geldstrafe und sechs Wochen Haft wegen Vergehens gegen das Fleischbeschaugesetz.

## Heimanns Kommunalarbeit

Wieder im Vorstand der Rathausfraktion

Die Sozialdemokratische Stadtverordneterfraktion wählte kürzlich einstimmig den Genossen Hugo Heimann wieder in ihren Vorstand. Heimann hatte dem Vorstand der Rathausfraktion schon Jahrzehnte hindurch angehört, bis die Reichstagsstätigkeit, der er jetzt entsagt hat, ihn stärker in Anspruch nahm. Die nun wieder erreichte praktische Ruharmachung der reichen kommunalpolitischen Erfahrungen Hugo Heimanns ist in der jetzigen Zeit im Interesse der Partei besonders wertvoll.

## Große Unterschlagungen

Fünf Angestellte verhaftet

Umfangreiche Unterschlagungen sind jetzt bei einer Lebensversicherungsgesellschaft, die ihren Sitz in der City hat, aufgedeckt worden. An den Betrugsmanövern waren fünf Angestellte beteiligt, die hand in hand arbeiteten. Dadurch war es möglich, die Schwindereien jahrelang zu vertuschen. Die Beschuldigten sind von Kriminalbeamten des Polizeiamts Mitte festgenommen und verhört worden, sie gestehen ihre Verfehlungen ein. Der angerichtete Schaden wird von der Gesellschaft zunächst mit 40.000 M. beziffert. Die Untersuchungen sind aber noch nicht völlig abgeschlossen.

25jähriges Arbeitsjubiläum. Der Bauhofschor Paul Vogel kann in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit als Kolonnenführer bei der Firma Hermann Grothe u. Co. zurückblicken.

„Den Hut“ im Planetarium am Zoo. Das Planetarium am Zoo zeigt ab 18. Oktober den Film „Den Hut“ in Tonfassung. Vorher spricht ein Astronom über Planetenkonjunktionen. Die Vorstellungen finden täglich, außer Montags, um 3, 5, 7 und 9 Uhr statt.

Der Begründer und Leiter von Kaisers Kaffeegeschäft G. m. b. H., Kommerzienrat Josef Kaiser, vollendet am 20. Oktober das siebzigste Lebensjahr. Er darf an diesem Tage auf ein an Arbeit und Erfolg reiches Leben zurückblicken. Als er vor mehr als fünfzig Jahren in das kleine Handelsgeschäft des Vaters zu Bielefeld im Rheinland eintrat, wurde dort noch über einem Kohlenfeuer mit einem Handröster Kaffee gebrannt. Heute bestehen in Deutschland und der Schweiz rund 1700 Kaisers-Fillialen, die von eigenen Großrostereien in den verschiedensten Landesteilen versorgt werden. Aus diesem Anlaß hat Kommerzienrat Kaiser der Firma Kaisers Kaffeegeschäft G. m. b. H., Bielefeld, zugunsten ihrer Angestellten und Arbeiter ihrer Josef-Kaiser-Stiftung 100.000 Mark überwiesen.

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie. Die Ziehung der 1. Klasse beginnt am 21. Oktober, also schon übermorgen.

## Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität. Sparsam im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 20 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und werfen Sie jeden Versuch dafür zurück.

# Wählerlisten einsehen!

Noch heute von 1 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends

Sicherheit euer Wahlrecht

# Nazi-Übermut

## Rowdys gegen Polizeibeamte

Vor der Strafkammer des Landgerichts II waren der 19jährige Böcker Bruno Plauts und der 26jährige Oraneur Albert Arnold wegen Rädelführerschaft beim Landfriedensbruch und wegen tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte angeklagt.

Am 13. Juli kam ein Propagandazug der Nationalsozialisten aus Trebbin nach Vichtersfelde-West in Stärke von 700 bis 800 Mann. Da der Zug nicht angemeldet war, wollte ein Kommando von fünf Schupo-Beamten ihn aufstören, stieß aber auf Widerstand, so daß Verstärkung herbeigerufen werden mußte. Einige Teilnehmer des Zuges waren inzwischen in das Verkehrslokal „Hans-Sachs-Kasino“ einmarschiert. An der Ecke der Drakestraße befand sich aber noch ein Zug von 200 Mann von Nationalsozialisten, der beim Herannahen der Polizeikräfte gegen diese Front machte. Es erschollen die Rufe: „Sturm, fertig machen! Die Polizei hat nichts mehr zu sagen. Jetzt sind wir nicht mehr ruhig und drehen den Spieß um.“ Mit Schulterriemen wurde auf die Beamten eingeschlagen. Erst als ein stärkeres Heberfallkommando herannahete, blühten die Teilnehmer des Zuges. Die beiden Angeklagten gaben zu, in dem Zug gewesen zu sein, bestritten aber selbstverständlich, sich an den Ausschreitungen beteiligt zu haben. Die Strafkammer verurteilte die Angeklagten lediglich wegen Widerstandes zu je drei Monaten Gefängnis.

## Parlamentsreform?

In einer Veranstaltung des Republikanischen Reichsbundes sprach Oberregierungsrat Dr. Teipel über „Parlamentsreform“, d. h. im wesentlichen Wahlreform. Der Referent hob alle Schuld an dem Nichtfunktionieren des Reichstags auf unser Wahlsystem, und alle Schuld an dem Entstehen des Radikalismus auf unsere Parteien, die alle weltanschaulich gebunden sind. Dr. Teipel erwartet alle Heil von der Einführung des englischen Wahlrechts. Er forderte (die Versammlung nahm eine dementsprechende Resolution an): Heraushebung des Wahlalters, Verkleinerung der Wahlkreise, Festlegung der Zahl der Mandate, Aenderung des

Verhältnismahlsystems. In der Diskussion wurde Herrn Teipel zum Teil lebhafter Widerspruch entgegengebracht. Eine Heraushebung des Wahlalters von 20 auf 21 Jahre, die berechtigt wäre, ist wohl nicht beabsichtigt; eine weitere Heraushebung, z. B. auf 25 Jahre, ist völlig unberechtigt, in der ganzen zivilisierten Welt wird mit 21 Jahren gewählt. Eine Heraushebung des Wahlalters ist der bequemste Weg, die Opposition der Jugend loszuwerden, ist aber eine Vergewaltigung. Weiter muß man Dr. Teipel entgegenhalten: An dem Anmacheln des Radikalismus und daran, daß keine „Volksgemeinschaft“ entstehen kann, sind nicht die weltanschaulichen Bindungen der Parteien schuld, sondern die wirtschaftliche Not des größten Teils des deutschen Volkes. Eine Parlamentsreform ist vielleicht notwendig. Aber wenn sie kommt, dann darf sie nicht rückwärts gerichtet sein, sondern muß einen Fortschritt bedeuten.

**Neues Kino in Charlottenburg.** Ein Mann, der aus dem Druckerfach kommt, hatte den Mut, in heutiger Zeit ein Haus umzubauen und es als Lichtspieltheater zu eröffnen. Dieses Haus, das nach Paul Nikolas' Angaben ehemals ein Lattenstall, seine jetzige Bestimmung als Kino fand, heißt Mail-Lichtspiele und befindet sich Charlottenburg, Magazinstr. 7. Die Anwohnerschaft der umliegenden Straßen gestattete seine Eröffnung zum Ereignis, denn trotz des unangenehmen Regenwetters stand ein Menschenwall, der nicht wankte und nicht wich, und das Betreten des Hauses beinahe unmöglich machte. Der Raum ist sehr farbig und gewollt kontrastreich gehalten. Seine Wände sind rot, der Vorhang mousgrau, und über allem wölbt sich die Decke als blauer Himmel mit freundlichen Silbersternen, während als Hauptbeleuchtungskörper ein gläserner Prachtstern eine bemerkenswerte Rolle spielt. Man hat neben dem Tonfilm ein ausgezeichnetes Orchester, das hoffentlich für immer beibehalten werden kann.

**M. J. C. Bezirksgruppe Berlin.** — Fachgruppe höherer Schulen: Achtung! Beschluß der Sitzung vom 20. September: Sitzungen jeden dritten Dienstag im Monat, 19¼ Uhr, im Köllnischen Gymnasium. Keine besonderen Einladungen mehr! Tagesordnung im „Vorwärts“ vom Sonntag davor! — Genossinnen und Genossen! Stellt euch eurer Abteilung zwecks Wahlarbeit zur Verfügung! Freiheit!

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

**Achtung! 2. Bezirk. Achtung!**  
Donnerstag, den 20. Oktober 1932,  
nachmittags 3 Uhr  
außerordentl. Vertrauensmänner-Konferenz  
im 2. Bezirk in Ernst-Greifswaldhaus,  
Große Franzosenstraße 30.  
Die Ortsverwaltung.

## Allgemeine Ortskrankenkasse für den Verwaltungsbezirk XI der Stadt Berlin

**Schöneberg-Friedenau.**  
Am Donnerstag, dem 27. Oktober 1932, abends 7 Uhr, findet im Bezirksratshaus, Schöneberger Rathaus, Kuboff-Wilke-Platz, eine **Auswahl-Sitzung** statt, an der die Ausschußmitglieder bitte mit eingeladen werden.  
**Tagesordnung:**  
1. Nachbemerkungen zum Haushaltsentwurf für 1932. 2. Haushaltsentwurf für 1933. 3. Wahl der Prüfer der Jahresrechnung 1932. 4. Aenderung der Satzung und Wahlordnung. 5. Beitritt zu dem Abkommen gemäß §§ 210 ff. S.B.D. 6. Kassenangelegenheiten.  
Berlin-Schöneberg, den 19. Okt. 1932.  
Der Vorstand:  
H. Schindt, Vorsitzender.

## EISU Stahl-Betten

Stahlbetten, Polsterbetten, Kinderbetten, Klappbetten, an jeder Größe, Katalog frei, Eisenstraße 10, Berlin

**Kennst Du dieses Zeichen?**



**Auch Du mußt Mitglied werden in unserer Buchgenossenschaft**

**DER BÜCHERKREIS** o. m. b. H.  
Auskunft und Verzeichnis erhältst Du gratis in der Zählstelle:  
**Der Bücherkreis** o. m. b. H.  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7

## Vorträge, Vereine und Versammlungen

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**  
Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung. Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung. Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.

**Reichsbund der Kriegsheldentugenden, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gau Berlin, Ortsgruppe Köpenick.** Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.

**Kurschichtverein zu Charlottenburg.** Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.

**Deutscher Arbeiter-Ökonomie-Bund, Ortsgruppe Berlin.** Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.

**Jüdische Sozialistische Arbeiterjugend.** Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.

**Interessengerechte „Selbsthilfe“ der gefährdeten Auslands-, Kolonial- und Grenzlandbewohner.** Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.

**Langfellow English Debating Club.** Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.

**Socialista Esperanto Asocio.** Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.

**Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.** Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.

**Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anarcho-Sozialisten.** Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.

**Arbeiterjugend.** Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung.



Die Jacke der Wunsch und die Sehnsucht aller Frauen.

Hier ist eine besonders hübsche mit eleganter Krawatte, ganz gefüttert, für

nur 12<sup>75</sup>

Die Bluse Sie müßten einmal sehen, was für eine entzückende Bluse diese Dame trägt.

Es ist eine moderne Wickelbluse aus Kunstseiden-Marocain, und sie kostet

nur 4<sup>75</sup>

Der Rock besonders fesch im Schnitt und in der Verarbeitung, aus reinwollenem Velours-Diagonal kostet

nur 6<sup>50</sup>

Das Samtkäppchen wirklich ein Gedicht, so fesch und kleidsam, elegant gefüttert, und das Ihre für

nur 3<sup>75</sup>

**begehrt -- GEHEN SIE ZU**



Oranienstr. 40 Am Oranienplatz  
Chausseestr. 113 Beim Sternbrunn  
Königsstraße 33 Wilmersdorferstr. 108 Am BfH Alexanderplatz Am Bahnhof Charlottenburg  
Nachdruck von Wort und Bild verboten  
Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Mittwoch zur Verfügung.

# Papens „Arbeitsbeschaffung“

Die Lehren des Arbeitsmarktes — Von Wl. Woytinski

Die regierungsfreundliche Presse berichtet täglich über Neueinstellungen von Arbeitskräften in den Betrieben. Der Reichskanzler hat vor kurzem in einer seiner Reden hervor- gehoben, daß im September die Arbeitslosenzahl in den Arbeitsämtern sich um 124 000 vermin- dert hat, während im Vorjahr derselbe Monat eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um 140 000 gebracht hatte. Diese Gegenüberstellung sollte für die Wirtschaftspolitik der Regierung das höchste Lob bedeuten.

Wie steht es aber in Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt?

Die Berichte der Arbeitsämter weisen seit Früh- jahr den Rückgang der Arbeitslosenzahl nach, der bekanntlich

nicht auf die Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern auf die Verschlechterung des Unter- stützungszustandes

zurückzuführen ist. Man ist daher geneigt, auch ihren jüngsten Bericht mit großem Mißtrauen entgegenzunehmen. Die Berichte der Gewerkschaften lassen aber erkennen, daß im September die Zahl der Arbeitslosigkeit wirklich etwas zurückgegangen ist.

Nach den monatlichen Ausweisen des Allge- meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes waren unter den Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos: Ende Juni 43,6 Proz., Ende Juli 44,4 Proz., Ende August 44,5 Proz., Ende September 44,1 Proz. Ein winziger, kaum nennenswerter Rückgang, der allerdings in dieser Jahreszeit symptomatisch sein kann und sich zum Teil aus dem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes sowie der Notstandsarbeiten erklären läßt.

Auch die Kurzarbeit ist im September etwas zurückgegangen: Ende August standen 22,5 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder in Kurzarbeit, Ende September waren es 22 Proz.; die durchschnittliche Arbeitszeitverlängerung betrug Ende August 14,2 Stunden, Ende September 13,7 Stun- den in der Woche.

Die gesamte Arbeitslosigkeit (unter Umrech- nung der Kurzarbeit in Vollarbeitslosigkeit) ist damit von 51,2 Proz. auf 50,4 Proz. gesunken.

Eine kleine Verbesserung der Beschäftigung im September ist also eine Tatsache. Leider weiß man nicht, ob diese Verbesserung lange an- halten und fortwähren wird.

Vollständig abwegig sind aber die Ver- suche, diese Wendung — vielleicht eine nur vor- übergehende Wendung — im Konjunkturablauf in Verbindung mit den Regierungsmah- nahmen zu setzen. Der goldene Regen der Steuergutscheine sollte sich auf die Wirt- schaft erst im Oktober ergießen, seine Aus- wirkung in der September-Statistik des Arbeits- marktes kommt daher nicht in Frage. Was andererseits die durch die Notverordnung vom 5. September angeregten Mehreinstellun- gen von Arbeitskräften betrifft, so läßt sich ihr Umfang noch nicht überblicken. Amtlich wurde berichtet, daß im September die Arbeitgeber die Neueinstellung von etwa 13 000 Arbeitern als Veranlassung für die Lohnkürzung gemeldet haben. Wahrscheinlich ist jedoch die Zahl gestiegen. Aber auch wenn sie sich verdoppelt oder verdreifacht haben sollte, fällt diese Bewegung nicht schwer ins Gewicht.

In der Wirtschaft findet immer eine Fluktuation der Arbeitskraft statt: in den einen Betrieben werden stets Arbeiter entlassen, wäh- rend in den anderen neue Arbeitsplätze geöffnet werden. Die Arbeitsämter allein haben im September 1931 rund 270 000 Arbeitsuchende ver- mittelt, während die Arbeitslosenzahl in diesem Monat um 140 000 angewachsen war! Nach der Statistik der Krankenkassen schwankt die Zahl der Arbeitskräfte, die monatlich von einem Betriebe abgetreten und von einem anderen angestellt werden, um 1,5 Millionen monatlich. In der Regel handelt es sich hier um Mehreinstel- lung von Arbeitskräften (im Sinne der Notver- ordnung), der allerdings die Kürzung der Beleg- schaften in den anderen Betrieben die Waage hält.

Wenn die Unternehmer nur einige Zehntausende Mehreinstellungen als Vorwand für die An- wendung der Notverordnung angemeldet haben, bedeutet dies einen kläglichen Mißerfolg des durch die Notverordnung geschaffenen Systems.

Uebrigens beginnen auch die Unternehmer

einzuweichen, wie unzulänglich dieses System ist, das einzelne Betriebe gegeneinander auspißt, alle Grundlagen des gesunden Wett- bewerbs auf dem Markt zerstört und in der Arbeiterklasse äußerste Erbitterung erweckt.

In den letzten Wochen sind unzählige Fälle be- kannt geworden, wo es den Arbeitern gelungen ist, die Lohnkürzung auf Grund der Mehr- einstellungen abzuwehren. Der ADGB ver- suchte, einen statistischen Ueberblick über den

Umfang und die Ergebnisse dieses Abwehr- kampfes

sowie über die Auswirkung des neuen Mehr- einstellungs-Systems zu gewinnen. Bisher sind Berichte von sechs Verbänden eingetroffen, die sich auf 167 Betriebe mit rund 33 400 Beschäftigten beziehen. Im ganzen sind hier 6400 Arbeiter (19 Proz. der früheren Belegschaft) mehr ein- gestellt worden. Etwa für ein Drittel der Beschäftigten wurde die Lohnkürzung von der Belegschaft abgewehrt, für ein Drittel ist eine 10prozentige Lohnkürzung für die 31. bis 40. Stunde eingetreten, bei einem Drittel schwankt die Lohnkürzung zwischen 20 bis 50 Proz. Dies ist ein Ergebnis des gewerkschaft- lichen Kampfes, das sich sehen läßt.

Nicht minder beachtenswert ist die andere Seite der jüngsten Mehreinstellungen auf Grund der Notverordnung. Die Regierung hat behauptet, in ihrem Mehreinstellungssystem ein Mittel gefunden zu haben, um die Unternehmer — ohne Zwang — zur Einführung der 40-Stunden- Woche zu veranlassen. Diese Rechnung hat sich als falsch erwiesen: Die Mehreinstellungen wurden nur in seltenen Fällen mit der Verkürzung der Arbeitszeit verbunden, in weit größerem Um- fange fand in der jüngsten Zeit die Verlängerung der Arbeitszeit statt. In vielen Fällen lassen die Unternehmer ihre Belegschaft länger arbei- ten, um auf diese Weise die Lohnkürzung für die 31. bis 40. Stunde zu kompensieren!

Dies alles läßt erkennen, wie wenig der jüngste geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit auf die Rechnung des von der Regierung angekündigten Wirtschaftsplanes zu setzen ist!

der Allgemeinheit nicht nur zugunsten der landwirtschaftlichen Genossen- schaften, sondern auch zugunsten der gewerb- lichen Gläubiger erfolgt. Eine unterschiedliche Behandlung der Gläubigergruppen sei unvor- einbar mit der Grundlinie staatspolitischer Führung durch eine Reichsregierung, die mit privatwirtschaftlichen Methoden die Wirtschaft retten wolle. Die Bevorzugung der landwirt- schaftlichen Genossenschaften widerspreche dem Erfordernis der Gleichberechtigung im Wettbewerb. Die Benachteiligung der gewerb- lichen Gläubiger sei mit der von der Reichsregie- rung verkündeten Linie der Wirtschaftsförderung nicht vereinbar.

Wir halten die Forderung der Spitzenverbände der Unternehmer zugunsten der gewerblichen Gläubiger für ebenso falsch wie die Metho- de der Besitzergreifung für die Junker, wie sie in den Subventionen für die Genossenschaften zum Ausdruck kommt. Aber die Reichsregierung kann sich nicht beklagen. Wenn Subven- tionen gewährt werden, und gar noch für so volkswirtschaftlich absolut verfehlt Zwecke wie hier, so ist die Forderung nach Gleichberechtigung nur zu verständlich. Freilich zeigt sich aber hier noch ein anderes auf das allerbedeutendste. Es zeigt sich nämlich, daß die Methode der Subventionen, wie sie von der Regierung Papen wieder an- gewendet werden soll, jede Wirtschaftspoli- tik überhaupt unmöglich machen muß. Schließlich wird es überhaupt keine Ver- lüste mehr in der Volkswirtschaft geben, für die der Staat, d. h. der Steuerzahler, nicht gerade- zustehen hätte.

## Wirtschaftsbesserung?

Die Reichsbank meldet noch nichts davon

Reichskanzler Papen hält Propa- gandareden über eine durch seine Mah- nahmen bereits zu verzeichnende Wirtschafts- besserung. Eine Besserung der Wirtschaftsverhält- nisse hat aber immer Mehreinstellungen von Krediten zur Voraussetzung. Der Reichsbank- ausweis vom 15. Oktober läßt den Papenschen Optimismus als Zweckoptimismus erscheinen. Die Ziffern der Reichsbank zeigen für die Kreditinanspruchnahme einen Rekordief- stand, obwohl mit Rücksicht auf das Weihnachtsgeschäft der Herbst an sich schon eine Mehreinstellung von Krediten bringen mußte.

Gegenüber der Vorwoche sind die Wechsel- bestände um 162,3 auf 2747,2 Millionen, die Reichsbankwechselbestände um 7,9 auf 30,5 Mil- lionen weiter gesunken. Im Gegensatz zu der sonstigen Entwicklung haben zu Oktobermitte die Lombarddarlehen nicht zu-, sondern um 9,4 auf 92,1 Millionen abgenommen. Die Geld- flüssigkeit ist nach wie vor sehr

groß. Fast die ganze Kreditbelastung zum Vierteljahreschluß, rund 420 von 480 Millionen, war bis zum 15. Oktober zurückgezahlt. Die ge- samte Kreditinanspruchnahme der Reichsbank war mit 3232,1 Millionen zum 15. Oktober seit Monaten vergleichsweise die niedrigste. Das sieht wahrhaftig nicht nach einer Besserung der Wirtschaftslage aus.

Die Devisenbilanz der Reichsbank war erfreulicherweise wieder ausgeglichen. Gold- und Devisenbestände haben sich noch um 0,8 auf 932 Millionen Mark erhöht. Die Notendeckung — der Notenumlauf ging gegenüber der Vorwoche um 99,3 auf 3519 Millionen zurück — ist gegen- über der Vorwoche auf 26,5 gegen 25,7 Proz. verbessert.

## Die Kaligelder

Politische Sauberkeit — ein Gerichts- urteil

Im Jahre 1929 entstand im Anschluß an die Veröffentlichung des Enqueteausschusses über die deutsche Kaliindustrie eine lebhaft Auseinander- setzung über die Notwendigkeit einer Preisentlastung für Kalidünger; ins- besondere verlangte die Landwirtschaft eine so- fortige und erhebliche Preisermäßigung. Das Kalisyndikat wußte sich zu helfen. Es stellte der Grünen Front, der Dachorganisation der großen landwirtschaftlichen Interessentenverbände, 5 Mil- lionen Mark zur Verfügung. Sofort trat Ruhe ein. Der Ruf nach Verbilligung der Kalipreise verstummte.

Sicherlich sind die Fonds der landwirtschaftlichen Organisationen mit diesen 5 Millionen Mark kräftig aufgebessert worden; u. a. wurden damit Schlösser aufgekauft und zu Bauernhochschulen umgestaltet, die im Volksmund den Namen Kali- hochschulen führen. Dem Bauer ist aber damit nicht geholfen. Er ist an einer Ermäßigung der Kalipreise interessiert. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Bauernverbänden, die nicht in der Grünen Front vertreten sind und die auch von den 5 Millionen des Kalisyndikats nichts ab- bekommen haben. Diese Bauernverbände haben immer wieder die Kalischiemergelder an das Licht der Öffentlichkeit gezogen und an den Pranger gestellt, was der Grünen Front natürlich recht unangenehm war. Schließlich mußte sich die Grüne Front nicht anders zu helfen, als daß sie die Gerichte in Anspruch nahm, um die unbe- quemeren Ankläger mundtot zu machen.

Das ist aber glänzend vorbeigelungen. So mußte jetzt der Vorsitzende eines Verbandes von Pächtern und Kleinbauern in Westfalen, der in dieser Angelegenheit angeklagt war, freige- sprochen werden. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß die Grüne Front durch die Annahme des Millionengeschenks vom Kalisyn- dikat eingewickelt worden und daß sie nicht mehr in ihren Maßnahmen und Entschlüssen gegenüber dem Geldgeber frei sei.

In der Grünen Front sitzen wohl ausnahmslos Leute, die der Deutschnationalen und Nationalsozialistischen Partei ange- hören. Sie reden soviel von Sauberkeit im öffentlichen Leben. Wie es mit dieser Sauberkeit bestellt ist, zeigt das oben zitierte Urteil.

## Der Benzinskandal

Wieder 2 Pfennig mehr — Die vierte Preiserhöhung

Die Zapfstellenpreise für Treibstoffe werden vom Treibstoffkartell ab heute für die Zonen Berlin-Brandenburg und Hamburg nochmals um 2 Pf. je Liter erhöht. Damit nimmt das Kartell innerhalb eines Monats die vierte Preis- erhöhung vor. Diese Wachschaften der neuen Benzinkonvention, die sich bisher unwin- dlich im Einvernehmen mit der Reichsregierung vollzogen, stellen vielleicht den unerhörtesten Kartellskandal der an solchen wahrlich nicht armen deutschen Kartellpolitik dar.

Wir haben an dieser Stelle vor 14 Tagen als die ersten auf die bestehenden Absichten nochmal- ger mehrfacher Preiserhöhung hingewiesen und das Einschreiten der Regierung verlangt. Statt einzugreifen, wurden die mit der Kartellaufsicht betrauten Stellen sogar noch die neueste noch- malige Preiserhöhung, die den

Gipfelpunkt der Preiswillkür eines Monopols

darstellt. Im Reichsdurchschnitt dürften die Zapf- stellenpreise durch die einander folgenden Preis- erhöhungen um fast 7 Pf. heraufgesetzt worden sein. Es verbleiben nach Abzug der effektiv eingetretenen Mehrbelastung aus der erhöhten Spritbeimischung den Konzernen 3—6 Pf. je Liter. Das ist aber beileibe nicht der gesamte Mehrerlös. Die Konvention hat gleichzeitig, was zumeist völlig übersehen wird, die Rabatte an die Händler und Großverbraucher ganz erheblich — bis um 4 Pf. je Liter — herabgesetzt. Die ge- samte Erlösaufbesserung einschließlich der Rabatt- kürzungen stellt sich somit für die Konzerne und die Mehrbelastung für die Zwischen- verbraucher entsprechend auf nahe- zu 10 Pf. je Liter, und es liegt ein nicht zu rechtfertigender Gewaltstreik eines von der Re- gierung sekundierten Monopols vor.

Es handelt sich hier nicht bloß um den gewalt- igen Schaden, den die Kraftverkehrs- wirtschaft erleiden muß. Mit derartigen Preisgepfen wird man kein Automobil „an- kurbeln“. Ein großer Wirtschaftszweig wird viel- mehr kaputtgeschlagen. Aber noch viel schlimmer ist das Grundfällige. Es zeigt sich an diesem Fall erneut und besonders kraft der mo- ralisches Bankrott der sogenannten auto- ritären Staatsführung auf wirtschaftlichem Gebiete. Die neue „autoritäre Staats- führung“ fördert hier eine Liebesgaben- und Interessentenwirtschaft, die der Öffentlichkeit und den Interessen der Gesamtwirt- schaft auch nicht mehr die geringste Rechenschaft schuldig zu sein glaubt.

Aber diese wirtschaftlich und grundsätzlich ebenso bedeutsame Angelegenheit hat immerhin auch eine heitere Seite, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet nämlich, daß angeblich die Autobesitzer Reizung haben, einen allgemeinen Streik der Automobilisten gegen das neue Preisbild zu fordern. Hier werden freilich auch Interessen verletzt; nur glauben wir nicht recht an die Kampfausdauer von Besitzern von Luxuslimousinen, wie sie die Herren Generaldirektoren, die Füh- rer der Nazis und die Filmstars zu steuern pflegen.

Immerhin scheint, wie aus der verjünglichen Nachricht des „Berliner Tageblatts“ hervorgeht, die Gefahr eines Abgleitens auch dieser Kreise in „marginale Methoden“, wenn es ums Autofahren geht, nicht ganz ausgeschlossen, weshalb wir der Regierung raten möchten, vor- sichtiglich ihre „Friedenspflichtverord- nung“ auch auf die Automobilbesitzer auszu- dehnen!

## Subvention für alle

Der Unfug der Besitzerhaltung

Subventionen sind in allen Fällen ein wirt- schaftliches Uebel. Die übelste der Subventionen ist die Methode, dem bankrottgewirtschafteten Großgrundbesitz im Osten durch die Opferung öffentlicher Gelder künstlich den Besitz zu erhalten, statt der Landwirtschaft durch Ab- lösung der schlechten durch bessere Wirte zu helfen. Diese Politik wird in den nächsten Tagen neue Triumphe feiern. Gelegentlich der Reform der Preußenkasse sollen den landwirtschaft- lichen Genossenschaften voraussichtlich sämtliche Verluste aus den sogenannten Sicher- ungsbetrieben von Staats wegen ersetzt werden, was freilich die einfachste, aber auch empörendste Form der Besitzerhaltung zugunsten der Junker ist.

Schlechte Beispiele verderben gute Sitten. Wo einer Subventionen erhält, verlangt sie mit Recht auch der andere. Bei allen Osthilfeaktionen waren die gewerblichen Gläubiger der Sicher- ungsbetriebe bisher benachteiligt. Sie sind jetzt auf den Plan getreten und verlangen von der Reichsregierung dieselbe Behandlung, wie sie den landwirtschaftlichen Genossenschaften zugute kommen soll. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat sich gemeinsam mit den Spitzenverbänden des Bergwerkes, des Einzel- handels, des Reichsverbandes der deutschen In- dustrie und des Reichsverbandes des Groß- und Ueberseehandels der Interessen der gewerblichen Gläubiger angenommen. Die Eingabe verlangt, daß die Uebernahme der Osthilfeverluste auf Mittel



Haben Sie schon ein Anrecht auf das große Los ?

sonst bestellen Sie sofort! Ziehung 1. Kl. schon 21. und 22. Oktober. 600 000 Lose, 348 000 Ge- winne in 5 Klassen im Gesamtbetrag von über

**114 Millionen<sup>RM</sup>**  
Höchstgewinn auf 1 Doppellos

**2 Millionen Mark**  
auf 1 ganzes Los

**1 Million Mark**  
1. Klasse:  
1/5 Los 5 RM, 1/4 Los 10 RM, 1/3 Los 20 RM, 1/2 Los 40 RM  
1 Doppellos 80 RM

**Kröger** Staatl. Lotterien- Einnahmer  
Berlin W 8, Friedrichstr. 192/193  
an der Leipziger Strasse  
Postcheck Berlin 310 48 • Fernspr. A 1 Jäger 2233

# IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

„Sie glauben, das wäre nicht wahr, was ich Ihnen sagte! Wie kann ich beweisen — vielleicht Erpressung — oh, täuschen Sie sich nicht. Sie versuchen nur, das zu glauben, weil Sie es wünschen — aber Sie haben genau gefühlt, daß alles wahr ist — Wahrheit fühlt man immer. Warum wehren Sie sich? Sie brauchen sich nicht zu quälen und sich verpflichtet zu fühlen, jetzt erschüttert zu sein oder irgend etwas für mich zu empfinden. Wundern Sie sich nicht, daß Sie gleichgültig sind — das ist keine Erlebnisunfähigkeit, die Sie erschrecken muß — man kann nicht so zwangsweise und unmittelbar reagieren — das kommt immer erst später. — Ich bitte Sie, sagen Sie etwas — ich ertrage das nicht, daß Sie wie eine tote Däse sind — ich habe das Gefühl, mitzusterben. Und wenn Sie jetzt sprechen — bitte lügen Sie nicht und versuchen Sie nicht, mich zu nennen — das wäre so beschämend und peinlich, denn Sie können jetzt noch gar kein Du für mich fühlen...“ Gilgi schweigt erschöpft — kleine Schweißtropfen perlen auf der blassen Stirn. Unzulässige körperliche Anstrengung jedes Wort. Drüben der weiße Fleck bewegt sich — ein greller roter Mund versucht zu sprechen — Gilgi beugt sich vor — wartet — auf ein Wort... Ich muß ihr helfen — es muß fürchtbar für sie sein, nichts sagen zu können — ich fühle, wie fürchtbar das für sie ist. Ich muß ihr den Zusammenhang mit ihrer Welt wiedergeben...

„Vielleicht sind Sie beschämt und bedrückt, daß Sie jetzt nur Angst haben vor Skandal und Durcheinander in Ihrem Leben — das braucht sie nicht zu bedrücken — das ist sehr natürlich, daß Sie daran denken. Aber Sie brauchen keine Angst zu haben — niemand weiß etwas, und niemand wird was wissen. Seien Sie verständlich und konsequent — damals paßte ein Kind nicht in Ihr Leben — ich war ein kleiner Unglücksfall für Sie — Sie haben ihn in höchst anerkannter Weise, energischer Weise aus Ihrem Leben gestrichen oder streichen lassen — sicherlich mit einigen inneren Kämpfen und Gewissensbissen. Aber zweifellos haben Sie das getan, was am stärksten und endgültigsten Ihren Reigungen entsprach... Weinen Sie doch nicht — Sie haben sich Ihr Leben nach eigenem Geschmack aufgebaut — verleugnen Sie den jetzt nicht. Sie haben sich nach Möglichkeit die Freuden geschaffen, die eben Freuden für Sie sind...“

Ein zitterndes Stöhnen von drüben — Gilgi greift nach einer Zigarette, zündet sie an — hält sie der kleinen weißen Frau hin — „Da nehmen Sie — es ist gut, jetzt etwas Alltägliches zu tun.“ Ich habe ihr etwas Böses angetan, weil ich zu ihr gegangen bin — ich muß ihr helfen... Unendlich weich ist Gilgis Stimme: „Bleiben Sie doch jetzt ehrlich und konsequent. Geben Sie sich keine Mühe, plötzlich mehr als Gleichgültigkeit für mich zu empfinden. Es ändert sich ja doch nichts in Ihrer Lebenseinstellung und in Ihren Wünschen — Sie müssen nicht glauben, es müßte sich jetzt was ändern. Sie haben sich längst für eine bestimmte Lebensrichtung und Geschmacksrichtung entschieden. Sie können auch ganz zufrieden und unbelastet sein — ich habe es sehr gut gehabt in meinem Leben — ich lebe gern — und dafür, daß sie mich geboren haben, danke ich Ihnen sehr. Das kann noch lange nicht jedes Kind zu seiner Mutter sagen, nicht wahr? Im übrigen haben Sie nicht die geringste Verpflichtung gegen mich und ich nicht gegen Sie. Wir beide gehen uns nichts an. Ich bin nur aus einem einzigen Grund hier — ich brauche Geld. Aber denken Sie um Gottes Willen nicht, ich glaube, das von Ihnen verlangen zu dürfen — ich bitte Sie nur darum...“ Zitternde Finger lassen die Zigarette fallen — Gilgi drückt sie sorgsam im Aschbecher aus.

„Immer und nur wollen Menschen Geld von mir haben“, sagt endlich eine seltsam leere kindliche Stimme.

„Das ist ganz natürlich — von jedem Menschen wird von anderen das gewollt, was er geben kann — das, wovon er am meisten hat — Liebe, Mitleid, Schönheit, Gedanken, Freude — oder Geld.“

„Und ich habe nur Geld zu geben?“

„Ich müßte — nichts — was — Sie — mir — sonst — geben — könnten.“

„Sie sollen morgen Geld haben.“

„Morgen ist es zu spät.“

„Ich habe jetzt kein Geld.“

„Aber ich brauche es jetzt — mein Gott — jetzt — verstehen Sie, es ist nicht für mich — nie wäre ich für mich hierher gekommen, es geht da um Freunde...“ Die Frau faßt plötzlich nach Gilgis Hand — Gilgi zieht sie hastig

zurück — „fassen Sie mich nicht an — ich bitte Sie — es ist besser für Sie, wenn Sie mich nicht erst anfassen.“

„Sie müssen mir — erzählen — von sich — ja, Sie müssen zu mir kommen — immer — wann?“ Schwer und offen liegen Gilgis Hände auf dem Tisch — man kann sie nicht heben — man will aufstehen und kann die Hände nicht heben. Der Raum dreht sich um sie — Nebel, Nebel — tanzende Schatten — gelbe Wollen — zuckende Luft —

„Ich werde nie mehr zu Ihnen kommen, ich wäre nur eine Störung für Sie — und Sie für mich. Und Ihre Welt ist mir fremd und zuwider, ich will nichts mit ihr zu tun haben. Ich muß jetzt gehen — ich habe versprochen zu helfen — das muß ich halten — ich habe keine Zeit mehr, ich muß gehen, wo ich Geld herbekomme.“ Gilgi sieht auf die kleine zusammengeknüllte Frau — die hebt den müden, leeren Blick zu Gilgi empor —

streckt beide Hände vor — zieht sie plötzlich wieder zurück — und streift langsam einen Ring nach dem andern von den schmalen, glatten Fingern — legt einen Ring nach dem andern in Gilgis offene Hände — den blauen Saphir — den grünen Smaragd — die beiden Brillanten und die große Perle. Ein häßliches Platin und Steingeglied in Gilgis Händen.

„Das war schön von Ihnen“, sagt Gilgi mit zitternden Lippen — „aber — haben Sie die Ringe nicht lieb — ich meine, gab Sie Ihnen nicht jemand, den Sie lieb haben?“

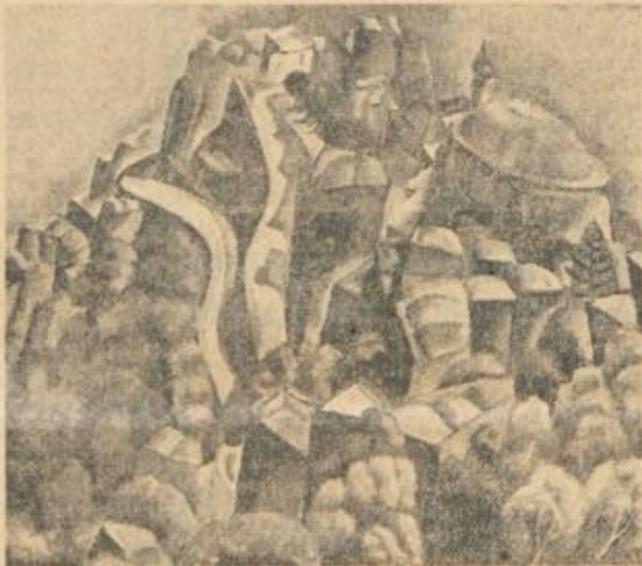
Wieder eine leere, kindliche Stimme: „Von meinem Mann habe ich sie — jedesmal wenn er mich betrogen hat, schenkt er mir ein Schmuckstück...“

„Ich will gehen“, sagt Gilgi und steht auf. Auch die Frau will sich erheben, wird plötzlich noch weißer als vorher, fällt hintenüber — mit einem Satz ist Gilgi bei ihr. Legt den schlaffen, kleinen Kopf auf die Sessellehne — hält fest in der linken Hand das häßliche glitzernde Steine... sie ist ohnmächtig geworden — ich — habe nie geglaubt, daß Menschen wirklich ohnmächtig werden — ich hätte nie für möglich gehalten, daß es das gibt... was tut man denn da —? Wasser — ja Wasser — Wasser — Wasser — — — aach, das ist zuviel alles — Gilgi sinkt in die Knie — streicht über den schmalen nackten Arm, der schlaff und leblos herabhängt. Die kleine Magazindame ist meine Mutter — ich hätte

nicht zu ihr gehen sollen. Aber sie wird schon wieder in Ordnung kommen — sie hat einen Diddy und einen braven Mann, dessen Untreue so lukrativ für sie ist — bald wird er wohl heilig sein, dann fängt er erst richtig an, Seitensprünge zu machen, und dann wird sie viele schöne neue Ringe bekommen — Gilgi drückt kurz die kleine, nackt geschenkte Hand... du kleine Magazindame — dir geht es nicht schlecht — aber Hertha — die arme Hertha — Hertha! Das Geld! Martin! Gilgi springt auf, rennt aus dem Zimmer — begegnet auf dem Flur dem Mädchen — „der anadigen Frau ist schlecht geworden, gehen Sie zu ihr — sofort.“

6.30 Uhr. Bis sieben kann der Hans die Ringe noch verlegen oder verkaufen. In spätestens zehn Minuten kann man in der Friesenstraße sein. Es ist kein Umweg, wenn man vorher bei Martin vorbeigeht. Nur ihm schnell sagen, er soll keine Angst haben. Erklären wird man später. Das alles wird sehr ruhig und vernünftig überlegt. Schnell und sicher schreitet Gilgi aus. Alle Gefühlsbewegungen und erlebten Begebenheiten sind für den Augenblick ausgelöscht, nur der Gedanke lebt: ich hab's geschafft.

Kaum hat sie die Türschwelle überhaupt angerührt, da reißt Martin schon die Tür auf. Helle Angst und Wut brennen aus seinen Augen. „Wo warst du! Mein Gott — gleich sieben Uhr — ich suche dich überall...“ (Fortsetzung folgt.)



Kirche in Positano

Grigory Oscheroff:

## Positano

guckt, ergreift mich die Sehnsucht nach Positano...

Raum merklich ruckt der Dampfer nach vorn durch das uralte Wasser im Golf von Neapel. Links paßt der Belwo seine ewige Pfeife. Eine ganz große blaue Sonnenscheibe nippt hin und her, wie ein Sieb in unsichtbaren Händen und streut erschwerend über das Schiff, das Wasser und alles ringsum Licht und Wärme in diesen Bündeln herab. Lichtpünktchen entzündend sich im dunstigen Silbergrau, werden bald zu bunten Häusern, Palazzos und Hotels über schroffe Abhänge verstreut: wir nähern uns Sorrent. Die rötlichen Bergkonturen dahinter verlieren sich in der grauroten Himmelsstiefe. Wie ein ausgebreiteter Adler liegt weiter rechts über dem Wasser die Silhouette Capris.

Nach kurzem Aufenthalt vor Capri, wo die meisten Reisenden aussteigen, kriecht der Dampfer zurück zur Küste hinüber, biegt um die scharfe Landzunge mit dem roten Leuchtturm darauf, und — mit einem Ruck beginnt eine neue Welt...

Unendlich schwere Barren Gold lasten hoch übereinander gestapelt, zwischen wie mit einer riesigen Schaufel zum Meere herab glatt abgegraben; dann wieder zerfurcht, zerrissen, oder in schlanken Türmen, Kuppeln und Zinnen auslaufend, ziehen sich hohe Wände, stattliche Berge die Küste entlang. Rechts liegt flach und schillernd, von Sonnenstrahlen durchspießt, das Meeressand.

Immer farbiger, bizarrer werden die Konturen der Küste. Gigantische Vasreliefs, in Gold und Kupfer getrieben, von Märchenthränen, buddhistischen Terrassentempeln und anderen phantastischen Gebilden reihen sich aneinander und entsinken in die rotblaue Tiefe oben. Divenhaine klettern die Abhänge hinauf und sehen aus wie Silberbläschen von dem schweren Metallmassiv ausgeschwimmt.

Noch ein paar Windungen — der Dampfer tutet — und plötzlich öffnet sich eine Schlucht, ein schmaler Strand mit bunten Schiffen, vereinzelt Gestalten im Sand, eine weiße Kirche, bunt schillernde Häuschen im Dreieck aufgetürmt — Positano.

Ich werde ausgebootet, von den alten Fischern begrüßt und bin zu Hause. Der erste Gang ist ins Café Rispoli am Strand. Bald ist alles um mich herum

verlammt, und nach einer Stunde bin ich ausgefragt, aufgenommen und nicht mehr interessiert. Ziellos, zeitlos, mundlos liege ich im heißen Sand am Strand ausgestreckt. Alles was außerhalb Positanos geblieben ist, was vorher für mich die Welt bedeutet hat, ist vergessen, verschwunden. Der Strand hebt und dampft von herabprasselnden Feuerfalten, das Meer liegt weich und glatt und unhörbar von Flammengarben durchschossen im flimmernden Raum, der ganze Himmel glüht, und das hübsche Kobalt, das noch übrig bleibt, schmilzt langsam ab.

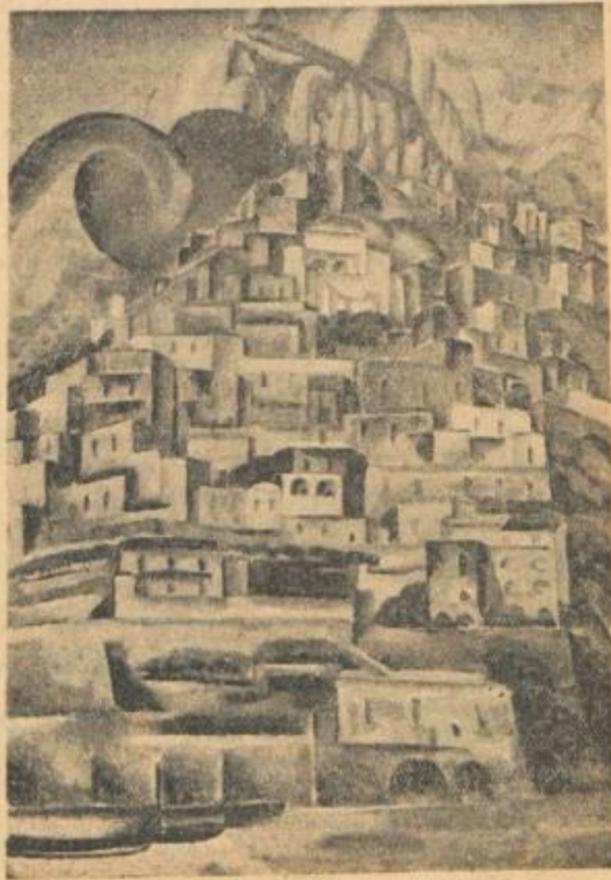
Ich liege auf dem Grunde eines tiefen Sees, der nur Licht und Farbe ist, und lausche in das stumme Brodeln um mich. Durch Taufende von verklogenen Sommer- und Lichttagen in die Weigheit zurück schaue ich. Stumme Schlachten braun-gebrannt, von der Sonne berauschter Menschen und wilder Rasse toben in der rotglühenden fernen Tiefe der Vergangenheit. Wie glühende Geißeln peitschen mich die Sonnenstrahlen, das Blut raht und sprudelt vor Lebensglückseligkeit...

Tag für Tag die gleiche Sonnenorgie. Unter breitrandigem Strohhut sitze ich vor der Staffelei in eine Farbenwelt verweben, aufgelöst. Die Wirklichkeit, die wunderlichen Formen der Berge und Häuser sind nur Erinnerungen aus Kinderträumen einer unwirklich, wirklichen Welt...

Ich glaube, ich fahre doch wieder nach Positano.

Positano vom Meer aus

Grigory Oscheroff



Einblendungen für diese Rubrik sind an das Bezirksbüro...

Unsere nächsten Parteii- und Betriebsveranstaltungen

- Bezirksamt Dichtenberg. Mittwoch, 19. Oktober, 19 1/2 Uhr. Eiserne-Front-Versammlung...

- Siemens-Werke. Freitag, 21. Oktober, 16 1/2 Uhr. Versammlung bei Schöne...

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 1. Kreis. Freitag, 21. Oktober, wichtige Sitzung des Bildungsausschusses...

Frauenveranstaltungen.

- 15. Kreis. Donnerstag, 20. Oktober, 19 1/2 Uhr. Selbstlernensammlung...

Sozialistische Studentenschaft.

- Donnerstag, 20. Oktober, 17 Uhr. im Bund, wichtige Funktionärsitzung...

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

- 7. Kreis Charlottenburg. Freitag, 21. Oktober, 10 Uhr. Besichtigung...

Fahrgeld sparen - LINDCAR fahren! Erleichterte Bezugsbedingungen. Niederlagen: Berlin SO 16, Engelufer 31...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Ab heute ist unsere Geschäftsstelle am Mittwoch nicht mehr bis 19 Uhr...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. Abt. Unser Genosse Adolf Sziranga ist am 12. Oktober nach langem...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind an das Jugendhistoriat...

Heute, Mittwoch, 20 Uhr. Gefandebanner 13: Kolonien 22: Die Gewerkschaften...

Am 17. Oktober 1952 verstarb ganz plötzlich Herr Verwaltungsdirektor

Paul Levyn im 59. Lebensjahr. Herr Levyn, seit dem 1. Januar 1914 mit der Geschäftsleitung...

Vorstand und Verwaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin

Am 17. d. M. verstarb unerwartet unser Chef, der Verwaltungsdirektor Herr Paul Levyn...

Ein tragisches Geschick riss unseren hochverehrten Verwaltungsdirektor Herrn

Paul Levyn aus einem unendlich arbeitsreichen und erfolgreichen Leben...

Plötzlich und unerwartet verschied am 17. Oktober, früh 3 1/2 Uhr...

Paul Levyn im Alter von 59 Jahren nach einem überaus arbeitsreichen Leben. Im Namen der Hinterbliebenen...

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes...

Wilhelmine Hentschel verw. Boeker

Theater Lichtspiele usw. Staatsoper Unter den Linden. Wiener Blut. Staatliches Schauspielhaus. Was ihr wollt.

VOLKSBUHNE Theater am Bülowplatz. Die Ratten. Undine.

SCALA. Der Hauptmann von Köpenick. B. B. B.

Theater Westens. Paganini. Förster & Griffl. Metropol-Theater. Massary.

Theater im Admiralspalast. Prinz Friedrich von Homburg. Kammermusik.

Deutsches Theater. Prinz Friedrich von Homburg. Kammermusik.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Hermann Kornowski.

Wintergarten. Bronetti-Familie, Lord Ain, 7 Alfredo, Marianne & Roberts Mae Egin...

WALLNER-THEATER. Tägliche 8.15 „Mitschuldigen“.

CASINO-THEATER. Auch Sonntags nachm. 4 Uhr. Neut. Königin der Luft Neut.

Stettiner Sänger. Reichshallen-Theater. Das neue Programm.

PREMIERE SONNABEND 22. OKTOBER. DER Studententprinz.

Theater am Schiffbauerdamm. Grete Mosheim Oskar Homolka in Pygmalion.

Lessing-Theater. Grete Mosheim Oskar Homolka in Pygmalion.

Verkaufe. Röhre, Reliant, Koffer, Schuhe, etc.

Kaufgesuche. Röhre, Reliant, Koffer, Schuhe, etc.

Ver-schiedenes. Röhre, Reliant, Koffer, Schuhe, etc.